



Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Eine Initiative des "Runder Tisch Brasilien",
Herausgegeben von Kooperation Brasilien e.V.

Haben Sie diese Ausgabe des Brasilicums als pdf-Version erhalten, ohne bei KoBra abonniert zu haben? Dann bestellen Sie es doch bitte bei uns. Ihr Abo hilft uns, diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

>>Die Zukunft,
die wir wollen<<

Alternativen im Kontext von Rio+20

Quelle: agenda-digital.blogspot.com

Die Innenseiten dieser Broschüre sind auf Recyclingpapier gedruckt.

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss der Brasilienolidarität (siehe Umschlagsseite hinten)

April / Mai 2012 217 / 218

VORWORT	3
Die Zukunft, die wir wollen? - Alternativen im Kontext von Rio+20	3
GRÜNE WIRTSCHAFT?	4
Rio+20: Der notwendige Bruch	4
Die Zukunft, die sie wollen: Eine Kritik am Zero Draft für Rio+20	5
RIO+20 UND ZIVILGESELLSCHAFT	9
Zivilgesellschaft kritisiert Dialog-Rhetorik der brasilianischen Regierung	9
Die Cúpula dos Povos: Eine Alternativagenda zu Rio+20	11
ALTERNATIVEN IM KONTEXT VON RIO+20	15
Buen Vivir – Annäherungen	15
Die Zukunft, die wir wollen, ist das gute Leben	21
Solidarische Ökonomie in Brasilien - Skizze eines lebendigen Diskurses	23
AGRARFRAGE	29
Erster Schritt in Richtung Agrarreform	29
Embrapa im Dienst von Monsanto?	31
MENSCHENRECHTE	33
Friede den Hütten, Krieg den Drogengangs	33
WALDSCHUTZ	36
Umweltministerin warnt vor Verfälschung des Waldgesetzes	36
ANHANG	40
Materialsammlung zu Rio+20	40

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



» Die Zukunft, die wir wollen«

-

Alternativen im Kontext von Rio+20

In der letzten Sonderausgabe des Brasilicums „Brasilien - das [ewige] Land der Zukunft?, Rio+20 Nachhaltigkeit und Entwicklung“ (Okt./Nov. 2011, Nr. 211/212) beschäftigten wir uns mit Rio'92, dem Potenzial und den Grenzen von Rio+20, der „Grünen Wirtschaft“ und der Einbindung der Zivilgesellschaft in den Gesamtprozess.

In dieser Ausgabe soll es vertiefend um die von zivilgesellschaftlichen Gruppen angebrachten Alternativen zu den im Zero Draft (Entwurf der Abschlusserklärung für die UN-Klimakonferenz) diskutierten Modellen der sogenannten Green Economy gehen. Welche sind die Hauptkritikpunkte an der offiziellen Agenda? Wie verhält es sich mit der Einbindung der Zivilgesellschaft tatsächlich? Und was soll durch und mit der Cúpula dos Povos (Alternativgipfel von sozialen Bewegungen) erreicht werden? Nicht zuletzt werden zwei alternative Diskurse und deren Potenzial genauer beleuchtet: Der aus den andinen Regionen kommende Diskurs des Buen Vivir und die Economia Solidária in Brasilien.

Außerdem beschäftigt sich diese Ausgabe mit den angestrebten Neuerungen des Código Florestal (Waldschutzgesetz) und der u.a. damit zusammenhängenden Agrarreform, der Verwendung von Pflanzengiften durch Monsanto und den Menschenrechtsverletzungen durch die städtischen „Aufräumarbeiten“ im Vorfeld der Fußball-Männer-WM 2014.

Und wer will, findet in der Materialsammlung im Anhang Tipps für eine weiterführende Beschäftigung mit den Kontroversen zu Rio+20!

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!



Rio+20: Der notwendige Bruch

DEJALMA CREMONESE: POLITIKWISSENSCHAFTLER UND PROFESSOR DES INSTITUTS FÜR SOZIOLOGIE UND POLITIK DER UFPELRS (UNIVERSIDADE FEDERAL DE PELOTAS, BUNDESUNIVERSITÄT VON PELOTAS, RS). AUS ADITAL, JANUAR 2012. ÜBERSETZT FÜR KOBRA VON VERENA RECKERT.

Brasilien bereitet sich darauf vor, in diesem Jahr (vom 20. Juni bis zum 22. Juni) Gastgeber der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, genannt Rio+20, mit dem Thema „Grüne Wirtschaft“, zu sein. Das in der letzten Zeit häufig benutzte Konzept der „Grünen Wirtschaft“ hat bisher mehr dazu gedient, das aktuelle Entwicklungsmodell zu rechtfertigen, als dazu, ein alternatives Entwicklungsmodell zu entwerfen und zu erreichen. „Grüne Wirtschaft“ kann alles Mögliche bedeuten, gleichzeitig jedwede Angelegenheit oder so gut wie gar keine.

Angesichts dieses Themas geben uns einige Fragen zu denken: Was sind die möglichen Alternativen zum aktuellen Entwicklungsmodell, das sich ausschließlich an der Produktion und am Konsum ausrichtet und in dem die Privatwirtschaft der wichtigste Akteur ist? Wie kann man wirtschaftliches Wachstum mit ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang bringen? Was kann man tun, wenn die landwirtschaftliche, urbane und industrielle Expansion – also die wichtigsten begrenzenden Faktoren des aktuellen Modells – den Staat zum wichtigsten Financier haben (man betrachte die Steu-

erbefreiung für Neuwagen und Haushaltsgeräte)? Was ist an diesem Entwicklungsmodell, das auf der Ausbeutung der Arbeit (moderne Sklaverei), dem transkontinentalen Handel und der Plünderung der Umwelt basiert, nachhaltig? Ist nicht das aktuelle Modell in seiner schwierigsten wirtschaftlichen Phase (wiederkehrende Krisen), wenn es versucht, sich mit Hilfe eines grünen Konzepts zu restrukturieren und wieder zu beleben?

Nach den Informationen, die es derzeit gibt, vertieft leider der offizielle Entwurf der Rio+20-Konferenz, der „Zero draft“ bzw. Entwurf Null genannt wird (offizielles Dokument der Rio+20), die grundlegenden Fragen, die in der Lage sind, mit dem aktuellen Modell zu brechen, nicht. Insbesondere der Terminus „Grüne Wirtschaft“ und sein geringes Potenzial zu Umbrüchen passen zum Kommentar des Theologen Leonardo Boff: „'Grüne Wirtschaft' ist Selbstillusionierung, da sie das ausbeuterische Verhältnis zur Erde nicht ändert“. Der gesamte Prozess ist wenig grün, er ist voll von schädlichen Giftstoffen.“ Gleichzeitig „[...] möchte das globale Establishment den Kurs nicht ändern. Anstatt die Nachhaltigkeit der Erde und des Lebens zu diskutieren, bevorzugt man in der Rio+20-Konferenz das



RIO+20
United Nations
Conference on
Sustainable
Development



Thema der 'Grünen Wirtschaft'.⁴ Darum ist es notwendig, dass die organisierte zivile Gesellschaft (soziale Bewegungen) eine führende Rolle in Bezug auf die Stärkung der Alternativen, die sich aus den Praktiken der feministischen Betrachtungsweise, der agrarökologischen Betrachtungsweise und der solidarischen Wirtschaft ergeben, einnimmt. Andernfalls wird der Wille des Establishments weiter dominieren.

Das Problem scheint ernster zu sein, als es zunächst scheint. So lange wir den Konsumstandard, den uns „das Kapital“ und seine „Krankenarme“ in Form von Werbung vorgeben nicht ändern, wird es schwer sein, den Prozess umzukehren bzw. zu anderen Standards zurückzukehren. Der „Erfolg“ aller Regierungen ist einzig und allein auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet (Bruttoinlandsprodukt – Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen) und nicht auf wirtschaftliche Entwicklung, die eine gerechtere Verteilung von Reichtümern, weiter gefasste Indikatoren, wie die Lebensqualität, die Nachhaltigkeit, das gesellschaftliche Wohlergehen, adäquate Bildungs- und Kulturniveaus, Wohnsituation, Gesundheit und würdevolle Arbeit mit berücksichtigt. Es scheint, als würde die Stellung der Regierung Lula-Dilma da keine Ausnahme von der Regel darstellen: Gesetzt wird auf den Massenkonsummarkt als letzte Alternative, um der ökonomischen Krise des Kapitalismus entgegenzutreten. Das ist ein Versuch, sich an den eigenen Haaren aus einem Loch herauszuziehen (Baron von Münchhausen) – als ob das möglich wäre.

Die Zukunft, die sie wollen: Eine Kritik am Zero Draft für Rio+20

VERSCHIEDENE ORGANISATIONEN. AUS ADITAL, FEBRUAR 2012. ÜBERSETZT FÜR KOBRA VON LEA HÜBNER.

Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa, darunter das Institut für Sozioökonomische Studien, INESC, die sich alle anerkanntermaßen für Gleichheit und Umweltgerechtigkeit einsetzen, zeigen die besorgniserregendsten Punkte des Konzeptes [des Zero Draft, Anm. d. Red.] auf.

Zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel, der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) wird vom 20. bis 22. Juni diesen Jahres in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung stattfinden. Zwei Jahrzehnte lang haben Gruppen der Zivilgesellschaft harte Arbeit geleistet, um soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit zu erreichen. Dennoch hat das globale Wirtschaftssystem eine Milliarde vom Hungertod bedrohte Menschen zum Ergebnis. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter – so verbrauchen allein die reichsten 20% der Weltbevölkerung 70% der weltweit zur Verfügung stehenden Ressourcen, während für die vom Einkommen her zum untersten Fünftel zählende Weltbevölkerung lediglich 2% Ressourcen verbleiben. Klimagerechtigkeit kann nicht erreicht werden, weil die Reichen im Norden und Süden nicht gewillt sind, ihren Lebensstil aufzugeben und die Ziele zum Aufhalten des Verlusts der Biodiversität versagt haben. Vor zwanzig Jahren gab es mit der Vision, die Agenda 21 um-



zusetzten etwas Hoffnung, gangbare Wege zu beschreiten, um die Armut zu bekämpfen, soziale Gerechtigkeit herzustellen und die Umwelt zu schützen. Heute, wo der Gipfel Rio+20 näher rückt, scheint diese Hoffnung zu einem Großteil, wenn nicht komplett, verpufft zu sein.

Die Erklärung der Regierungschefs, der so genannte Zero Draft mit dem Titel „Die Zukunft, die wir wollen“, kommt dem Wohlstand der Bevölkerung sicherlich nicht zu Gute. Die Regierungen scheinen nicht zu einer Auseinandersetzung mit den zahlreichen, durch das Scheitern des Kapitalismus ausgelösten Krisen, bereit, die in wachsender Armut, Nahrungskrise, Klimakrise, Ressourcenkrise, Finanz- und Wirtschaftskrise und Krise der Global Governance münden. Stattdessen setzen die Regierungen im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung auf „Green Economy“ - eine irreführende Bezeichnung für die Legitimierung von Profiten durch die Nutzung der Natur als Hauptressource.

Die wesentlichen Elemente des Erklärungsentwurfs halten am existenten Wirtschaftsmodell fest. Die derzeitigen Wirtschaftsmodelle, die sich Effizienz und des Wachstum auf die Fahnen geschrieben haben, eigentlich jedoch Gewinn und Profit meinen, haben nie zuvor erreichte Ausmaße von Armut, Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Nahrungsungleichheit und -unsicherheit zur Folge, von denen Frauen unverhältnismäßig stärker betroffen sind. Der Zero Draft ignoriert soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit weitestgehend, indem er auf Wachstum und Ausweitung des derzeitigen Wirt-

schaftssystems setzt und diesem einen „grünen Anstrich“ gibt. Die Ökosysteme werden so in verwertbare Leistungen und Wirtschaftsprodukte verwandelt.

Wir, die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa, die wir für Gleichheit und Umweltgerechtigkeit innerhalb unserer jeweiligen Gesellschaften und unter den verschiedenen Nationen kämpfen, teilen eine gemeinsame Analyse des Zero Draft. Die Punkte, die uns am meisten beunruhigen, sind folgende:

Die Green Economy, die das Hauptanliegen des Zero Draft bildet, hält am bestehenden Modell der Ausbeutung zugunsten des Wirtschaftswachstums fest. Er berücksichtigt nicht, dass selbst die grünste vorstellbare Wirtschaftsform an einem bestimmten Punkt mit den Naturressourcen, die die Erde uns bietet, kollidieren wird.

Die Green Economy wie sie im Zero Draft vorgestellt wird, scheint den bestehenden Wirtschaftsstrukturen lediglich einen grünen Anstrich zu geben. Nicht berührt werden soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, sowie die Macht der wenigen über die vielen Machtlosen.

Die Begriffe Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit scheinen den Regierungen unbekannt zu sein. Daher werden grundlegende Fragen der Nachhaltigkeitsdebatte im Zero Draft ausgeblendet.



So wie sie im Zero Draft vorgeschlagen werden, sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Green Economy keine nützlichen Instrumente. Eingebettet in das Konzept der Green Economy, wie im Erklärungsentwurf beschrieben, sind sie als Anker oder Ziel auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft untauglich.

Der Begriff Green Economy ist der Instabilität der weltweiten Handelsbeziehungen gegenüber blind. Dem Zero Draft zufolge ist die Liberalisierung der Märkte ein wichtiger Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei wird übergangen, dass für die Regierungen der einzelnen Länder Raum für eine Politik zur Regulierung ihrer nationalen Ökonomien im Sinne der nachhaltigen Entwicklung vorhanden sein muss. Ebenso ignoriert er, dass das Modell der Liberalisierung

der Märkte, wie es die entwickelten Länder in der Welthandelsorganisation (WTO) und in bilateralen Abkommen vertreten, eine der Hauptursachen für die Armut, Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit ist.

In Bezug auf die Nahrungssicherheit und Landwirtschaft stellt sich der Entwurf nicht den Hauptaufgaben, die sich durch Nahrungs-, Finanz- und Umweltkrise ergeben. Das Modell der nachhaltigen Intensivierung ist nichts als eine „Grünwäsche“ der derzeit praktizierten Form der landwirtschaftlichen Produktion, die hinsichtlich der Versorgung der Hungernden der Welt, des Stops der Vernichtung der Biodiversität, des Klimawandels, der Bodenverarmung und der Wüstenbildung in den letzten zwanzig Jahren auf dramatische Weise versagt hat.



Quelle: de.toonpool.com
Author: Markus Bülow



Der Zero Draft sieht im privaten Sektor den Hauptantrieb auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Das zeigt den ungeheuren Einfluss, den dieser Sektor auf die Politiker_innen und andere Entscheidungsträger_innen mittlerweile ausübt. Gleichzeitig bleiben die unzähligen sozialen und ökologischen Schäden, die innerhalb der letzten zwanzig Jahre von multinationalen Unternehmen verursacht wurden, ungeachtet. Ebenso wird versäumt, auf die verschiedenen alternativen Wirtschaftsmodelle einzugehen, die seit Jahren praktiziert werden.

Das Wirtschaftswachstum kann nicht mehr vorrangiges Ziel sein, dem sich alles weitere unterzuordnen hat. Um erfolgreich zu sein, muss Rio+20 private Wirtschaftsinteressen, die auf Profit und Gewinn basieren, den Menschenrechten, der sozialen und Umweltgerechtigkeit und dem Interesse an einem Leben in

Würde für alle Menschen unterordnen. Besitz und Kontrolle von natürlichen Ressourcen und Produktionsmitteln müssen in den Händen der einzelnen Gesellschaften bleiben, um deren Subsistenz gewährleisten zu können. Deshalb müssen gerechte Teilhabe an der Natur und ihr Erhalt wesentlicher Bestandteil von Rio+20 bilden.

Wir fordern die Regierungen auf, ihren Entwurf für die Abschlusserklärung in künftigen Diskussionen und Verhandlungen zu überarbeiten. Die Welt, insbesondere die von Armut betroffene, marginalisierte Bevölkerung, hat ein Recht auf eine Vertretung durch ihre Regierungen, bei der ihre Sorgen und Bedürfnisse stärkere Berücksichtigung finden, als dies im aktuellen Zero Draft geschieht. Die Regierungen sollten zeigen, dass sie den demokratischen Rechten der Bevölkerung verpflichtet sind und eine Erklärung mit Fokus auf die Belange der Menschen verfassen.

AS-PTA Agricultura Familiar e Agroecologia (Organisation für landwirtschaftliche Familienbetriebe und landwirtschaftliche Ökologie), Brasilien

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Deutschland

Community Technology Development Trust (CTDT), Zimbabwe

Ökumenische Organisation für nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ECASARD), Ghana

Ökumenisches Netzwerk für Gerechtigkeit (Ecumenical Justice Network -EJN), Südafrika

Verbund der Organisationen von Sozialarbeitern und Bildungshelfern (FASE), Brasilien

Lutherische Diakoniestiftung (FLD), Brasilien

Gender Empowerment und Development (GeED), Kamerun

Brasilianisches Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse (IBASE), Brasilien

Institut für Sozioökonomische Studien (INESC), Brasilien

Policy Research for Development Alternatives (UBING), Bangladesch

Dritte Welt Netzwerk, Malaysia



Zivilgesellschaft kritisiert Dialog-Rhetorik der brasilianischen Regierung

ANDREAS BEHN. AUS POONAL NR. 985, MÄRZ 2012.

Immer wieder betont die brasilianische Regierung die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft für den Prozess Rio+20 und ihre Bereitschaft zum Dialog mit den sozialen Bewegungen. Doch mittlerweile befürchten viele AktivistInnen, dass es sich dabei eher um Rhetorik handelt. Sie kritisieren, dass die Positionen der Zivilgesellschaft bislang keinen Widerhall in den offiziellen Diskussionen im Vorfeld der UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklungen finden. Zudem werfen sie der Regierung vor, mit den „Dialogen über Nachhaltigkeit“ (Diálogos Sustentáveis) eine Konkurrenzveranstaltung zum People's Summit zu organisieren.

Im Namen des Vorbereitungskomitees der Zivilgesellschaft (CFSC) kritisiert die Soziologin Iara Pietricovsky den Entwurf der Abschlussklärung der UN-Konferenz als völlig unzureichend: „Der Zero Draft hat rein gar nichts mit den Debatten der vergangenen 30 Jahre gemein.“ Alle Fortschritte in der Diskussion über Umwelt und internationale Rahmenbedingungen seit der Konferenz in Rio de Janeiro vor 20 Jahren würden ignoriert. Statt dessen werde von neuen, enorm verkürzten Millenniums-Zielen ausgegangen, kritisiert die Direktoren der NRO Inesc mit Sitz in der Hauptstadt Brasilia.

Auch die Organisation Vitae Civilis vom Netzwerk der Umweltgruppen FBOMS moniert, dass die Zivilgesellschaft bisher de facto vom eigentlichen UN-Prozess ausgeschlossen wird. „Es besteht eine große

Diskrepanz zwischen der vom brasilianischen Außenministerium deklarierten, wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene und der realen Einbindung dieser Akteure in die Vorbereitung der Konferenz,“ schreibt das Instituto Vitae Civilis in seinem jüngsten Bulletin.

Derweil kündigte die Regierung Brasiliens an, wie sie sich die Einbindung der Zivilgesellschaft vorstellt. An dem Wochenende zwischen dem letzten Vorbereitungstreffen (PrepCom) und dem Beginn der eigentlichen Konferenz, vom 16. bis 19. Juni, lädt sie in der Nähe des Konferenzzentrums Rio-Centro zu so genannten Dialogen über Nachhaltigkeit ein. Renommiertere Fachleute sollen mit RegierungsvertreterInnen und den Major Groups (u. a. Indigenas, Gewerkschaften, NRO, Jugend, UnternehmerInnen) Vorschläge entwickeln, um die Ergebnisse der offiziellen Konferenz zu inspirieren, die am 20. Juni beginnen wird.

Antonio Ricarte, Brasiliens Vertreter in UN-Umweltprogramm UNEP, verkündete vergangene Woche während des letzten UNEP-Ministertreffens in Nairobi die vorab definierten Themen der „Dialoge“. Es wird unter anderem um Ernährungssicherheit, nachhaltige Energie, Wasser, Ozeane sowie Arbeitslosigkeit und Migration gehen. Auch wenn der Dialog mit der Zivilgesellschaft „mindestens zwei Monate vor der Rio+20“ initiiert werden soll, handelt es sich nicht um Diskussionen mit allen Interessierten. Die erwarteten 2.000 TeilnehmerInnen werden seitens der Regierung ausgewählt und eingeladen.

Für Iara Pietricovsky ist dieser



„Dialog“ „schlecht vorbereitet“ und bezüglich der Möglichkeit einer Einflussnahme „schlicht Blödsinn“. „Wie soll ein von der Regierung gewünschtes Gegen-Dokument den offiziellen Prozess beeinflussen, wo doch klar ist, dass alle Entscheidungen bereits während der letzten PrepCom gefällt werden? Wenn die Regierung wirklich einen Dialog mit der Zivilgesellschaft sucht, soll sie uns anhören und rechtzeitig einen ehrlichen und offenen Prozess einleiten,“ schlägt Lara vor. „Im Moment stehen die beiden Veranstaltungen in Konkurrenz zueinander. Und natürlich wird dies Verwirrung stiften, da unsere 'Cúpula dos Povos' vom 15. bis 23. Juni stattfinden wird.“

Wie andere Mitglieder des Zivilgesellschaftskomitees, das ein breites Bündnis von Umweltgruppen, sozialen Bewegungen und NRO vertritt, ist diese Regierungsinitiative

für Lara Pietricovsky kein Dialogangebot, sondern vielmehr eine Konkurrenzveranstaltung zu dem People's Summit, der seit über einem Jahr vorbereitet wird und wie bei der ECO-92 Tausenden von Aktivisten und Organisationen auf dem zentrumsnahen Aterro do Flamengo ein Forum für Debatten und der Präsentation von Alternativen bieten wird.

Offenbar fürchtet die brasilianische Regierung eine Zivilgesellschaft, deren inhaltliche Positionen derzeit vollkommen unvereinbar mit der Zielrichtung sowohl des UNEP wie der Regierung selbst sind. So lehnen die Mitglieder des Zivilgesellschaftskomitees den Begriff Green Economy sowie dessen Diskussion rundweg ab. Zudem kritisieren sie Marktmechanismen wie den Handel um Emissionsrechte (REDD) oder die Privatisierung öffentlicher Güter, sowie die Priorisierung von Umwelttechno-

logien als „falsche Lösungen“. Statt dessen plädieren sie für Alternativen wie ökologische Landwirtschaft und klare Richtlinien, wie die öffentliche Hand Umweltschutzmaßnahmen und die Nutzung natürlicher Ressourcen gewährleisten soll. (ab)



Quelle: toonpool.com
Author: J.R. Mora



Die Cúpula dos Povos: Eine Alternativagenda zu Rio+20

INSTITUTO HUMANITAS UNISINOS (IHU),
FEBRUAR 2012. ÜBERSETZT FÜR KOBRA
VON HARM TIMME.

Im Juni diesen Jahres wird Rio de Janeiro Austragungsort von Rio+20 sein, der Konferenz der UN zu nachhaltiger Entwicklung. Parallel dazu wird auf dem Gelände des Flamengo in Rio de Janeiro die Cúpula dos Povos (Gipfeltreffen der Völker) stattfinden, mit alternativen Vorschlägen und verschiedenen Aktivitäten. „Die Cúpula dos Povos wird Ort sein des konkreten Ausprobierens und des Sichtbarmachens der Praktiken, die wir in der Welt sehen wollen“, bestätigt Fátima Mello, Mitglied des Vermittlungsausschusses der Zivilgesellschaft für die Rio+20-Konferenz. In nachfolgendem Interview erläutert sie Einzelheiten zur Organisation der Cúpula dos Povos und deren Zusammenhang zur offiziellen Konferenz mit dem Hauptthema „Grüne Wirtschaft“.

Fátima Mello ist Mitglied der NGO Fase – Solidariedade e Educação (Fase – Solidarität und Bildung). Sie übernimmt die Gesamtkoordination des brasilianischen Netzwerks zur Integration der Völker (Rede Brasileira pela Integração dos Povos-Reprib), war eine der OrganisatorInnen der ersten fünf Weltsozialforen (2001-2005) und ist Mitglied im Vermittlungsausschuss der Zivilgesellschaft für Rio+20. Sie studierte Geschichte an der PUC (Pontifícia Universidade Católica do Rio de Janeiro), wo sie auch den Master in Internationale Beziehungen verliehen bekam.

IHU: Weshalb wurde das Gelände

des Flamengo als Ort, den Umweltorganisationen, soziale Netzwerke, indigene Gruppen, Landwirt_innen, soziale Bewegungen, Frauen, Jugendliche und Schwarze während Rio+20 besetzen wollen, ausgewählt?

Fátima Mello: Mindestens aus drei Gründen. Der erste ist ein symbolischer. Das historische Erbe des Weltforums, das während Rio 92 auf dem Gelände des Flamengo stattfand, soll bewahrt werden. Dort bildeten wir die Basis für viele Kämpfe, was in jenem Moment der Beginn des Kreislaufes der weltweiten sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus markierte. Es gab 45 Zelte mit den unterschiedlichsten Themen, vom Kampf gegen die Auslandsverschuldung und gegen den freien Handel, bis hin zu Kämpfen im Zusammenhang mit Biodiversität, der internationalen Kooperation und für die Rechte von Frauen. Es ist deshalb sehr symbolisch, diesen Ort 20 Jahre später wieder zu besetzen. Wir werden versuchen, einen neuen Kreislauf und eine neue Basis für soziale Bewegungen zu schaffen, indem wir mehr internationale Konvergenz herstellen.

Der zweite Grund betrifft unseren Wunsch, die Gesellschaft darüber zum Diskutieren aufzurufen, was unserer Meinung nach die Agenda von Rio+20 eigentlich sein sollte. Aus unserer Sicht ist das Riocentro, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, ein vollkommen von der städtischen und gesellschaftlichen Dynamik isolierter Ort. Das Gelände des Flamengo hingegen befindet sich im Zentrum der Stadt; es ist ein vom Volk genutzter, demokratischer Ort, wo Menschen aus allen Teilen der Stadt hinkommen kön-



nen. Es ist ein offenes Gelände, wo es keine Probleme mit der Anmeldung geben wird, so wie es auf dem offiziellen Gelände der Fall ist. Außerdem wollen wir dort eine Reihe von Debatten mit der Gesellschaft ermöglichen, damit sie mit uns in den Dialog über soziale und umweltrelevante Ungerechtigkeiten treten kann, welche unseren Planeten auf den Kollaps zusteuern.

Der dritte Grund resultiert aus unserer Annahme, dass der größtmögliche Druck, den wir auf die offizielle Konferenz ausüben wollen, von außen von der Zivilgesellschaft kommen muss. Dies ist nötig, damit am Ende der Konferenz effektive Verpflichtungen herauskommen, um die größte kapitalistische Krise seit 1929 überwinden zu können. Diesen Druck werden wir vom Gelände aus aufrechterhalten und effiziente Kommunikationskanäle mit dem Riocentro bereitstellen. Wir werden einen Fernsehkanal TV da Cúpula dos Povos einrichten, welcher unsere Forderungen und Ergebnisse zur offiziellen Konferenz im Riocentro tragen wird, und umgekehrt Nachrichten von der Konferenz zu uns beim Alternativgipfel. Es wird ein unabhängiges Kommunikationssystem geben, welches eine Verbindung mit der offiziellen Konferenz halten wird und den Druck, der von den Straßen kommt, dorthin transportieren wird.

IHU: Wie wird die Cúpula dos Povos örtlich organisiert sein?

Fátima Mello: Es wird ein Programm mit selbstverwalteten Debatten, Plena und Workshops geben, welche in einer Synthese von Vorschlägen münden werden. In den Versammlungen der verschiedenen Bewegungen und Kämpfe werden wir die Debatten aufgreifen,

welche in den unterschiedlichen selbstverwalteten Aktivitäten stattfinden werden. Aus diesen Debatten werden wir Plattformen, Verträge und Vorschläge erarbeiten, die unserer Meinung nach die Lösung darstellen, um die Welt vor dem Kollaps zu bewahren. Zusätzlich wird es das sogenannte Areal der Zukunft geben (Território do futuro). Die Cúpula dos Povos wird Ort des konkreten Ausprobierens und der Sichtbarmachung der Praktiken sein, die wir in der Welt sehen wollen. Die Versorgung mit Nahrung der Cúpula dos Povos, mit ca. 10.000 im Zeltlager untergebrachten Menschen, wird über die familiäre und ländliche Produktion ermöglicht. Es wird einen Ort mit frei verfügbaren Medien geben; hinzu kommen Tauschgeschäfte im Sinne der Solidarökonomie; es wird saubere Energie produziert; der gesamte anfallende Müll wird von der Bewegung der catadores [Anm. d. Red.: die catadores sind Menschen, die von einer informellen Müllentsorgung leben und sich teilweise in einer Recyclingbewegung zusammengeschlossen haben] entsorgt. Dadurch wollen wir die Erfahrungen und Praktiken der Agrarökologie, von traditionellen und urbanen Bevölkerungsgruppen sichtbar machen, die alternative, gegenhegemoniale und nicht-unternehmerische Einkommensmöglichkeiten suchen. Wir werden ein anderes Modell in die Praxis umsetzen.

IHU: Wie koordiniert man 10.000 Menschen im Zeltlager?

Fátima Mello: Es handelt sich um viele Zeltlager. Es wird ein Lager der Via Campesina geben, die eine eigene Organisationsstruktur und langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet hat. Darüber hinaus hat auch das Zeltlager der Indigenen eine ei-



gene Dynamik und auch die Jugendbewegung verfügt über eine spezifische Logistik. Außerdem gibt es das Lager der quilombolas [Anm. d. Red.: Nachkommen von aus der Sklaverei geflohenen Menschen]. Unsere Herausforderung ist es, die nötige Infrastruktur für die unterschiedlichen Organisationen zu bieten, von denen jede über ihre eigene Logistik verfügt. Gleichzeitig werden noch viele weitere Akteure an der Cúpula teilnehmen, welche jedoch in anderen Teilen der Stadt und nicht direkt in den Zeltlagern unterkommen werden. Natürlich ist die infrastrukturelle Herausforderung riesig. Wir sind uns bewusst, dass die Stadt von der unternehmerischen Logik dominiert wird, die die Stadt auf die kommenden Megaevents vorbereitet (Fußball-WM der Männer, Olympische Spiele). Die Hotels und Lieferanten kosten ein Vermögen. Deshalb kämpfen wir gegen die unternehmerische, kapitalistische Logik, die diese Stadt beherrscht. Die Organisation der Cúpula selbst ist schon eine konkrete Übung für gegen-hegemoniale Praxis.

IHU: Was wird Teil der alternativen Agenda zur offiziellen Konferenz sein und was wird auf der Cúpula dos Povos debattiert?

Fátima Mello: Die offizielle Agenda dreht sich um die Diskussion über die „Grüne Wirtschaft“. Wir sind der festen Überzeugung, dass die von der UN und den Unternehmen gemachten Vorschläge einer „Grünen Wirtschaft“ den Planeten direkt auf einen Kollaps zusteuern werden. Beim Betrachten des „zero draft“ genannten Dokuments der UN deutlich wird, dass die „Grüne Wirtschaft“ ihre ganzen Hoffnungen auf neue Technologien baut, dass neue



Technologien die Welt retten werden. Das ist eine Lüge. Neue Technologien können die Ungleichheiten in der Welt vertiefen, wenn sie auf die selbe Art und Weise gelenkt werden wie bisher, nämlich nach den Interessen transnationaler Unternehmen. Dies ist zugleich unsere erste entscheidende Kritik an den derzeit dominierenden Vorschlägen zu „Grüner Wirtschaft“.

Zweitens: Die Vorschläge dieses Verständnisses von „grün“ bauen auf die Inwertsetzung der Natur als eine neue Quelle der Finanzierung für den Übergang in die sogenannte „Grüne Wirtschaft“. Die Vorschläge sind also eine Vermarktung und preisliche Inwertsetzung der Luft durch Schaffung eines CO2-Marktes; die Inwertsetzung der Biodiversität, die Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser und Boden, um so den sogenannten Übergang finanzieren zu können. Wir hingegen glauben an den umgekehrten Weg: Man muss die Idee der öffentlichen Güter neu beleben anstatt alles in das aktuelle Finanzsystem zu integrieren. Wir brauchen eine Rückeroberung der Idee der öffentlichen Güter. Das Finanzsystem dringt nicht nur in die Natur ein, sondern auch in die Politik.

Ein weiteres Problem: Die von der UNO vorgeschlagene „Grüne Wirtschaft“ definiert den Markt als Akteur des Übergangs. Die Welt befindet sich in ihrem aktuellen Zustand aufgrund genau dieser Annahme. Das Verständnis von „Grüner Wirtschaft“ behält die glei-



che Formel von globalem Welthandel und Investitionskreisläufen bei, welche die Welt in die aktuelle Krise befördert haben. Das Modell von Produktion, Verteilung und Konsum muss radikal verändert werden: Die Produktion muss dem Konsum angepasst werden, indem lokal und deglobal produziert wird und die Ungleichheiten im Zugang zum Konsum bekämpft werden. Die Frage der Ungleichheiten stellt den Kern des Problems dar und ist gleichzeitig seine Lösung. Die UNO spricht immer nur davon, die Armut zu bekämpfen, aber niemals davon, den Reichtum zu bekämpfen. Bei der Cúpula dos Povos werden wir die These der „Umweltgerechtigkeit“ debattieren. Die Notwendigkeit dieser Debatte zeigt die im derzeitigen Wirtschaftsmodell bestehenden Ungleichheiten in Bezug auf die Auswirkungen von verursachten Umweltbelastungen. Am meisten leiden die ausgegrenzten Teile der Bevölkerung, die Schwarzen, die Armen. Zusätzlich zu den unterschiedlichen Umweltbelastungen existiert eine starke Disparität was den Zugang zum Konsum der natürlichen Ressourcen betrifft.

Das Modell der Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung der Agrarökologie produziert nicht annähernd soviel Erderwärmung wie das derzeitige industrialisierte Modell, genauso wie zahlreiche weitere Lösungsansätze der traditionell lebenden Bevölkerungsteile, der Agroforstsysteme und weitere Ansätze, die nicht-hegemonial sind. Innerhalb der Gesellschaft haben wir nicht die Vorherrschaft inne, aber unsere Lösungen erfordert Akteure mit Handlungsmacht. Die Agrarökologie benötigt eine Landwirtschaftsreform, sie braucht eine Rückkehr

zum Ländlichen und die Wertschätzung der kleinbäuerlichen Produktion. Das heißt, es handelt sich um eine politische Frage. Der Widerstand gegen das aktuelle Modell muss die Agenda der Politik erreichen.

IHU: Inwiefern wird der Geist der Occupy Wall Street-Bewegung auf der Cúpula präsent sein und wie setzt sie sich in Beziehung mit den Debatten von Rio+20?

Fátima Mello: Wir sind gerade dabei, uns mit den Protestierenden und Kämpfenden z.B. der Demokratiebewegungen Nordafrikas zu vernetzen und versuchen so, einen kontinuierlichen Dialog mit anderen Formen sozialer Bewegungen und Kämpfe der letzten Jahrzehnte herzustellen. Wir sehen in der Cúpula die strategische Möglichkeit, die unterschiedlichen Formen sozialer Kämpfe und ihrer Organisation in der Welt zusammenzuführen.

IHU: Welche Anfragen hat der Vermittlungsausschuss der Zivilgesellschaft für RIO+20 hauptsächlich erhalten?

Fátima Mello: Wir haben viele Aufgaben im Bereich der Organisation unterschiedlicher Aktivitäten erhalten, sodass wir eine Zusammenführung selbiger anstreben. Viele Menschen möchten ihre Erfahrungen teilen, sich in die generelle Debatte einbringen und Raum haben, um sich mit anderen im gleichen Tätigkeitsfeld auszutauschen. Wir wollen versuchen, dies zu ermöglichen, damit die Cúpula nicht zu einem reinen Erfahrungsaustausch wird, sondern damit Begegnung stattfinden kann, die zu gemeinsamen Vorschlägen und Kampagnen führt. Wir wollen nicht, dass Rio+20 lediglich ein einzelnes Event bleibt. Die Cúpula ist eine



Station auf einem langen Weg von Kämpfen. Als Station muss sie aber den Weg bereiten für nachfolgende Kämpfe, Bewegungen, Mobilisierungen, Kampagnen und für eine neue Plattform.

IHU: Welche Debatten werden außer der Green Economy im Zuge von Rio+20 geführt?

Fátima Mello: Ein weiteres, sehr besorgniserregendes Problem der offiziellen Agenda ist die Diskussion über den institutionellen Rahmen. Die Welt lebt derzeit in einer Krise, der Kapitalismus befindet sich in einer Krise. Und die Institutionen, die das internationale System bestimmt haben, befinden sich ebenfalls in einer schweren Krise. Dabei handelt es sich um Institutionen, die nach dem 2. Weltkrieg gegründet wurden und immer mehr ihre Unfähigkeit zeigen, mit der sich verändernden internationalen Kräfteverteilung, neuen Akteuren und neuen Problemen umzugehen. Rio+20 sollte genutzt werden, um eine neue Verfassung zu gründen, welche den aktuellen Problemen und Debatten um einen Übergang ins grüne Zeitalter und der neuen Kräfteverteilung im internationalen System gerecht wird. Stattdessen wird in der offiziellen Agenda ein vollkommen unzureichender und falscher institutioneller Rahmen diskutiert: die Gründung eines Rates für nachhaltige Entwicklung, der jedoch nicht die Kraft haben wird, nötige Reformen einzuleiten und überflüssige und gescheiterte Institutionen wie IWF, WTO und Weltbank grundsätzlich in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Tendentiell verstärken die Beschlüsse zum institutionellen Rahmen die bestehenden Strukturen und Mechanismen weiter.

Buen Vivir – Annäherungen

THOMAS FATHEUR. AUSZUG AUS: BUEN VIVIR - EINE KURZE EINFÜHRUNG IN LATEINAMERIKAS NEUE KONZEPTE ZUM GUTEN LEBEN UND ZU DEN RECHTEN DER NATUR. SCHRIFTENREIHE ÖKOLOGIE, Bd 17. BERLIN: HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, 2011.

Buen Vivir – das gute Leben, das klingt vertraut. Aber gerade diese scheinbare Vertrautheit öffnet den Weg zu allzu leichten Missverständnissen. So ist für viele die Assoziation zum Dolce Vita naheliegend oder die Vermutung, dass es sich dabei nur um eine Neuauflage der Suche nach Lebensqualität handelt. Die südamerikanische Debatte um das Buen Vivir können wir aber nur verstehen, wenn wir den konkreten Kontext, aus dem sie entstanden ist, nicht ignorieren. Buen Vivir ist zutiefst in der indigenen, andinen Tradition verwurzelt. Dies erleichtert den Zugang nicht. Und noch etwas anderes ist von grundlegender Bedeutung: Das Konzept sollte nicht unterschätzt werden, seine Komplexität ist beachtlich. Um das Buen Vivir hat sich insbesondere in Bolivien eine vielfältige und lebendige Debatte entfaltet, die in Europa kaum rezipiert wurde.

Wie jedes komplexe Konzept entzieht sich Buen Vivir einfachen Definitionen. Eduardo Gudynas weist zurecht darauf hin, dass Buen Vivir «ein Konzept in Konstruktion ist», das in unterschiedlichsten Kontexten keimt und das gerade durch seine Pluralität gekennzeichnet ist (Gudynas 2011, S.1).

Die indigenen Traditionen erschweren ein unmittelbares Verständnis des Buen Vivir für diejenigen, die diese Traditionen nicht teilen. Aber die verfassungsgebenden Prozesse



in Bolivien und Ecuador können auch als Versuch der Kommunikation zwischen indigenen und okzidental Konzeptionen verstanden werden. Schließlich besteht ja der Anspruch, indigene Konzepte in einen Staatsentwurf einzuspeisen.

Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens. Es ist nur im sozialen Zusammenhang denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben.

Buen Vivir bezieht aber auch das menschliche Naturverhältnis ein, es strebt die Harmonie mit der Natur an und verurteilt die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Denn, so David Choquehuanca Céspedes, der Außenminister Boliviens, «die übertriebene und grenzenlose Industrialisierung durch die okzidentale Akkumulationsmodelle bietet keine Lösung für die Menschheit» (Céspedes 2010, S.8).

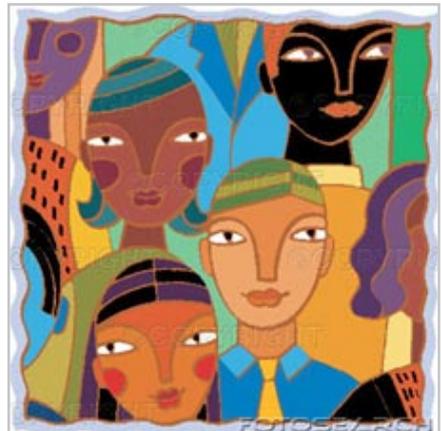
Buen Vivir ist eine Kultur des Lebens, die auf dem ancestralen Wissen der indigenen Völker beruht, und zielt auf ein Gleichgewicht, das Harmonie zwischen Menschen und der Natur gleichermaßen anstrebt und die Rückkehr zu einer Seinsform beinhaltet, die durch die Kolonisation unterdrückt worden ist. «Wir müssen dazu zurückkehren, zu sein, weil die Kolonisation uns zu dem gemacht hat, was wir wünschen zu sein. Viele von uns wünschen zu sein, aber wir sind noch nicht. Jetzt wollen wir wieder auf unseren Weg zu unserem Sein zurückkehren» (ebd., S. 9).

Die Anerkennung der Pluralität der indigenen Gemeinschaften ist ein fundamentaler Baustein des Konzeptes. Buen Vivir ist eine Absage

an kulturellen und juristischen Monismus. Es beruft sich auf die viel längere Tradition des indigenen Denkens gegenüber der christlich-okzidentalen Tradition, die als egozentrisch und eurozentrisch abgelehnt wird. «Es existiert nicht nur ein Paradigma, dieses universale Paradigma, das okzidental ist. Das okzidentale Denken annulliert die Existenz anderer Systeme» (Macas 2010, S. 15). Die Anerkennung des Anderen in der Konzeption der plurinationalen Staaten bezieht explizit auch nicht indigene Gruppen (Afrodeszendente, mestizische Bevölkerung) ein.

Das Buen Vivir gewinnt seine Kraft besonders durch die kritische Abgrenzung gegenüber dem okzidentalen Paradigma, das in eine Krise geraten ist. Für alle Vertreter des Buen Vivir ist es Teil eines Prozesses der De-Kolonisierung und der Schaffung einer neuen Hegemonie, die auf der Diversität der Kulturen aufbaut.

Die Abgrenzung zur okzidentalen Tradition soll nicht einen neuen Monismus kreieren, sondern Pluralität zulassen. Dieses so fundamentale Bekenntnis zur Pluralität zeigt, dass



Quelle: belwandelyadophianoxilarose.blogspot.com



es nicht um eine einfache Rückkehr zum ancestralen, zum traditionellen Denken gehen kann und soll. Bolivianische Intellektuelle wie Silvia Riveira Cusiquinui, die sich selbst als Aymara und Europäerin definiert, und Javier Medina bringen das aymarische Konzept des «ch'ixi» ins Spiel: «Die Idee des ch'ixi folgt wie viele andere der aymarischen Idee, das etwas ist und zugleich nicht ist und also ein drittes einschließt ... Unsere Option für die Modernität fußt auf der Idee der «ciudadania», die nicht die Homogenität, sondern die Differenz sucht» (Rivera Cusicanqui 2010).

Für Javier Medina ist diese Fähigkeit, Gegensätze zuzulassen, fundamental und er schlägt dabei eine Brücke zur Quantenphysik: «Beide, Entwicklung und Suma Qamaña [Aymara für Buen Vivir – T.F.] koexistieren gegensätzlich wie Schrödingers Katze; ihr Kollaps hängt von uns ab. Schließlich sind beide notwendig – um Hölderlin zu zitieren –, um «poetisch auf der Erde zu leben»» (Medina 2011).¹

So führen also die Ausflüge ins Buen Vivir weit weg in die andine Welt, aber dann doch auch wieder zurück in westliche Debatten. Die andinen Denker kommunizieren durchaus mit anderen Kulturen und (dissidenten) Denkern des Buen Vivir. Bloch und Benjamin tauchen da ebenso auf wie Aristoteles und die «deep ecology» (s.u.).

Pachamama und die Rechte der Natur

In der politischen Rhetorik insbesondere Boliviens hat neben Buen Vivir auch der Begriff «Pachamama» eine große Karriere begonnen. Pachamama wird zumeist als «Mutter Erde» übersetzt. Die Regierung Boliviens

hat sogar erreicht, dass der 22. April von der UNO zum Tag der Pachamama deklariert wurde. Einer größeren Öffentlichkeit wurde die Pachamama bzw. Mutter-Erde-Rhetorik bekannt, als die Regierung Boliviens unter Berufung auf die «Rechte der Mutter Erde» dem Kompromiss bei den Klimaverhandlungen in Cancun widersprach. Die Verabschiedung einer «Charta der Rechte der Mutter Erde» war wichtiger Bestandteil des alternativen Klimagipfels, den die Regierung Boliviens 2010 in Cochabamba organisierte und der mit einer großen Beteiligung von NGOs und sozialen Bewegungen Lateinamerikas zählen konnte.

«Pacha» ist ein Schlüsselbegriff der andinen Kulturen.² Es ist ein vieldeutiger Begriff, der auf die Gesamtheit des Seins zielt. Er umfasst nicht nur Raum und Zeit, sondern auch «eine Form des Lebens, die das Zeit-Raum-Schema überwindet. Pacha ist nicht nur Zeit und Raum, es ist die Fähigkeit, aktiv am Universum teilzuhaben, in es einzutauchen, in ihm zu sein». «Manqhapacha» ist die tellurische (erdbezogene) Dimension es Pacha, es verweist auf das Innere der Erde als Ursprung. «In Bezug auf den Menschen ist Manqhapacha die innere Welt und in der Wahrnehmung repräsentiert es das Unterbewusste» (Huanacuni 2010, S. 19f).

«Mama» ist das Quechua-Wort für Mutter, das heute auch in anderen indigenen Sprachen benutzt wird. Pachamama ist daher die tellurische Mutter der Welt und des Seins.

In der andinen Religion gab es keine Abbilder der Pachamama. Die heute feilgebotenen Figuren sind Ergebnis der Verschmelzung mit der Gottesmutter Maria im Katholizismus.



Parolen wie «Pachamama ou Muer-te» (Evo Morales) wirken in Europa befremdlich. Renaud Lambert hat in der *Le monde diplomatique* vom 11.2.2011 verständliche Vorbehalte pointiert und polemisch vorgetragen. Er befürchtet, «dass die indischen Volksbewegungen sich unter dem Einfluss der NGOs nach und nach von ökologischen Begrifflichkeiten vereinnahmen lassen – und die politisch-soziale Bedeutung ihrer Forderungen vergessen könnten. Die Pachamamisierung des Denkens schreitet voran als ein Phänomen, das im Grunde nur die neueste Variante der jahrhundertalten Suche nach dem «edlen Willen» Lateinamerikas ist».

Bei dem Terminus «edle Wilde» müssen natürlich alle Alarmglocken läuten, schließlich handelt es sich hier um einen bereits vielfach dekonstruierten Mythos. Toter als der «edle Wilde» kann kein Hund sein. Aber solche Polemik kann der doch differenzierten und vielfältigen Debatte kaum gerecht werden; sie ist ein Beispiel für die Unterschätzung ihrer Komplexität. Das Befremden über den Versuch, einen «Pachamamismus» als eine Art Religion zu etablieren, kommt aber nicht nur aus Europa. Auch der bereits erwähnte Javier Medina kritisiert die «Pachamamicos» in der Regierung, die eine neue Religion proklamieren wollen, mit Priestern und monotheistischen Tendenzen.

Politisch wichtig für uns ist, dass in den andinen Diskursen ein neues Verständnis der Natur in die Politik eingebracht wird – in expliziter Auseinandersetzung mit dem Naturbegriff des abendländischen Denkens. Sowohl in Ecuador wie in Bolivien hat die Natur den Status eines Rechtssubjekts erlangt.

Damit verlassen wir wieder den Boden des Pachamamismus und kommen zu einem Punkt, der durchaus in der europäischen Tradition präsent ist. Er berührt allerdings zwei Dimensionen: zum einen das Naturverständnis unserer abendländischen Tradition und zum anderen die juristische Debatte. Beide sind eng miteinander verbunden.

Fatal für die europäische Tradition war wohl das Machtwort Kants: «Der Verstand schöpft seine Gesetze nicht aus der Natur, sondern schreibt sie dieser vor.» Der Mensch ist für Kant der «Gesetzgeber der Natur». Damit ist wohl das abendländische Naturverständnis und Naturdilemma auf einen kurzen Nenner gebracht. Er ist auch darum wirkungsträchtig, weil er den Bedürfnissen der Wirtschaftsordnung entspricht. Natur ist so eine ausbeutbare Mine; Natur, das ist die Menge der natürlichen Ressourcen. Von Kant über Max Weber bis zu Talcott Parsons bestimmt der Glaube, dass man «alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne» (Max Weber). Und in der marxistischen Tradition hat Friedrich Engels die Vision festgeschrieben, dass die Menschen «Herren der Natur [sind], weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden».³

Der dominierenden anthropozentrischen Tradition setzen andine Denker nicht einfach ein naturzentriertes Weltbild entgegen. Wir erinnern uns an die Idee des *chi'xi*, die Möglichkeit, Verschiedenes zugleich zuzulassen und nicht an einem Pol aufzulösen. Das «biozentrische Weltbild»⁴ postuliert eine Einheit des Lebens, die eben nicht durch den Gegensatz von Natur und Menschen geprägt ist.



Natürlich gibt es aber auch in der okzidentalen Tradition abweichende Stimmen, die sich für ein anderes Naturverhältnis aussprechen. Alberto Acosta beruft sich ausdrücklich auf Arnes Naess, den norwegischen Philosophen, der einer der Begründer der «deep ecology» ist. Naess ist durch zwei Zitate berühmt: «The earth does not belong to humans.» Und: «The right of all forms to live is a universal right that cannot be quantified.»

Wie aber kann die Idee, dass die Natur Rechte hat, konkret in das juristische System eingespeist werden? Auch hier müssen wir nicht bis zu den Anden gehen.

In der angelsächsischen Tradition ist die Debatte um die Rechte der Natur durch ein wegweisendes Buch geprägt. Im Jahr 1972 veröffentlichte Christopher Stone den Klassiker über Naturrecht: *Should trees have standing?*⁵, und etablierte damit zumindest eine festen Fußnotenplatz für die Frage der Naturrechte in der juristischen Tradition. Stone argumentierte dafür, das heute Undenkbare zuzulassen und die Eigenrechte der Natur anzuerkennen. Dies wäre von unmittelbarer praktischer Bedeutung, weil in der juristischen Interessensabwägung es nicht mehr darum geht, die Nutzung der Natur durch den Menschen lediglich zu optimieren. Eigenrechte der Natur zu konstituieren hieße nicht, jegliche Nutzung (und damit verbundene Zerstörung) zu unterbinden, sondern das Recht der Natur als eigenes Gut anzuerkennen. Das geht natürlich nicht ohne juristische Fürsprecher (wie auch andere Rechtsgüter wie Schiffe über Fürsprecher vertreten werden können), somit sind sich auch die Verfechter der Rechte der Natur be-

wusst, dass sie einem anthropozentrischen Paradox nicht entkommen können: Es sind Menschen, die die Rechte der Natur einfordern und vertreten. Aber die Anerkennung der Rechte der Natur wäre ein bedeutender und wirkungsmächtiger Perspektivwechsel. Nicht mehr die Regulierung des Umweltschutzes und damit der Nutzung der Natur durch den Menschen wäre der Ausgangspunkt, sondern ein genuines Existenzrecht der Natur. Tatsächlich gibt es schon Elemente des Paradigmas «Rechte der Natur» in unserem Rechtssystem. Das Verbandsklagerecht war ein Schritt in diese Richtung. Im §20a des GG heißt es seit August 2002: «Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.»

Neu sind die Tiere, denen mit dieser Formulierung ein Eigenrecht im Kontext der Staatsziele zuerkannt wird. §1 des Tierschutzgesetzes begründet den Schutzanspruch der Tiere aus ihrer «Mitgeschöpflichkeit». Auch die Idee des Artenschutzes geht vielfach über den traditionellen Umweltschutzgedanken hinaus.⁶

Ein Beispiel für Schritte in diese Richtung ist der von IUCN und ICCEL⁷ vorgeschlagene Pakt für eine neue rechtliche Fundierung nachhaltiger Entwicklung («Draft International Covenant on Environment and Development»). Im Artikel 2 heißt es: «Nature as a whole and all life forms warrant respect and are to be safeguarded. The integrity of the Earth's ecological systems shall be maintained and where ne-



cessary restored.»

Es ist wohl kaum ein Zufall, dass die Oxford University Press Christopher Stones Buch im Jahre 2010 neu herausgegeben hat. Heute gibt es weltweit Denker/innen und Initiativen, die sich für die Verankerung von Naturrechten in Verfassungen einsetzen. Einer ihrer wichtigsten Vertreter, Cormac Cullinan, war auf dem alternativen Klimagipfel in Cochabamba vertreten und beteiligte sich an der Verfassung der «Declaration of Rights of Mother Earth.» Der Community Environment Legal Defense Fund (www.celdf.org) zum Beispiel ist eine amerikanische NGO, die die Stär-

kung von Rechten der Natur in Rechtssystemen zu ihrem Hauptanliegen gemacht hat. Sie wurde zu Beratungen über die Verfassung nach Ecuador eingeladen.

Die bereits etablierte Debatte über Rechte der Natur erleichtert einen Dialog zwischen den andinen Traditionen und den westlichen alternativen Diskursen. Für die westliche Kritik an einem naturzerstörerischen Entwicklungsmodell und die Suche nach der rechtlichen Absicherung von Alternativen sind die Beispiele aus Ecuador und Bolivien eine große Ermutigung. Es geht anders, wenn der politische Wille vorhanden ist.

1. Stephen Hawking soll gesagt haben, dass er am liebsten zum Gewehr greifen möchte, wenn er «Schrödingers Katze» hört. Schrödinger wollte 1935 durch ein Gedankenexperiment deutlich machen, dass die Annahmen der Quantenphysik nicht auf die Objekte der Umwelt übertragbar sind. In der Quantenphysik ist es denkbar, dass etwas zugleich ist oder nicht ist, sie ringt mit Paradoxien und Dekohärenz, daher der Bezug, den aymarische Denker herstellen. Schrödingers gedankliche Katze ist zugleich tot und nicht tot. Aber Stephen Hawking muss die arme Katze Schrödingers nicht erschießen, um das Problem zu lösen. Schrödinger wollte gerade auf die Absurdität der Übertragung antenphysikalischer Beobachtungen auf makroskopische Objekte hinweisen. Letztendlich kann die Katze wohl nicht zugleich tot und nicht tot sein. (Eine gute Darstellung findet sich bei Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Schr%C3%B6dingers_Katze)
2. Pacha ist ein Aymara-Wort. Sprachwissenschaftlern ist die Sprache der Aymara schon lange ein beliebtes Untersuchungsfeld, weil sie offensichtlich zu großen Abstraktionen und Komplexitäten neigt. Umberto Eco hat darauf in seiner Schrift Die Suche nach der vollkommenen Sprache hingewiesen und Raimiro Beltran zitiert: Durch die algorithmische Natur erleichtere die Syntax des Aymara die Übersetzung aus jeder beliebigen Sprache in ihre Termini – aber nicht umgekehrt. Eine «Misschelligkeit» (Eco) für uns, für wahr (Eco 1995, S. 350).
3. Alle Zitate nach Görg 1998. Görg bietet einen knappen und guten Überblick über die Geschichte des okzidentalen Naturverständnisses.
4. Damit betritt man natürlich gefährlichen Boden. Jutta Ditfurth hat in einer fulminanten Streitschrift, Entspannt in die Barbarei, gegen den Biozentrismus polemisiert. Wenn er tatsächlich auf einen Biologismus hinausläuft, sind Vorbehalte angebracht. Hier soll keinen neuen «-ismen» das Wort geredet werden. Dass aber das anthropozentrische Weltbild an seine Grenzen geraten ist, dürfte keine allzu kühne Behauptung sein. Wie wir das Verhältnis Mensch und Natur neu bestimmen, ist eine offene Frage und muss politisch ausgehandelt werden. In diese Richtung zielt die Debatte über Buen Vivir. Die indigenen Kosmosvisionen haben nichts mit dogmatisch begründetem Veganismus zu tun.
5. Eine deutsche Ausgabe (Umwelt vor Gericht) wurde 1974 vom Trickster Verlag veröffentlicht. Das Buch enthält eine Einleitung von Klaus Bosselmann und ein bemerkenswertes Nachwort des damaligen Präsidenten des Umweltbundesamtes, Heinrich Freiherr von Lersner, der Stones Ansatz des ethischen Pluralismus hervorhebt.
6. Auch eine Stellungnahme (10.3.2009) der Grünen Bundestagsfraktion betont den Tierschutz aus der Perspektive der Rechte der Tiere: «Tierschutz achtet die Rechte der Tiere. Wir haben den Tierschutz in den vergangenen Jahren gestärkt, indem wir etwa das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz verankert und Legebatterien verboten haben. Letzteres wurde gegen unseren Widerstand von der Großen Koalition zurückgenommen. Wir kämpfen für den Schutz der Tiere als Lebewesen, für die Erhaltung ihrer Lebensräume und für die Artenvielfalt.» (<http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/tierschutz.html>)
7. IUCN ist die International Union for Conservation of Nature; ICEL steht für The International Council of Environmental Law. Beides sind offiziöse Organisationen, in denen Regierungsinstitutionen Mitglieder sind und unverdächtig einem radikalen Biozentrismus anhängen.



Die Zukunft, die wir wollen, ist das gute Leben

CÂNDIDO GRZYBOWSKI, SOZIOLOGE UND DIREKTOR VON IBASE, FEBRUAR 2012. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON VIKTORIA ZIPPER.

Angesichts der Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, ist die Konferenz der Vereinten Nationen schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Die strukturierende Linie des Abschlussdokuments „Die Zukunft, die wir wollen“, das sich noch in der Entwicklung befindet, hat die Suche nach einem neuen Bereich des Wirtschaftswachstums und einer neuen Entwicklung, dem sogenannten Green New Deal oder der Green Economy, zum Ziel. Es geht also nicht um eine Kursänderung oder eine Transformation der kapitalistischen, industriellen, produktions- und konsumorientierten Entwicklung, die das Bild der sozialen und ökologischen Bedrohungen erzeugte, mit denen wir heute leben.

In seiner heutigen globalisierten Art – die ich persönlich gern globale Unordnung nenne – ist das gesamte System von habgierigen Finanzspekulationen getrieben. Es ist ein System, das dadurch funktioniert, dass es von der globalen Kapitalakkumulation, von einer Handvoll großer finanzökonomischer Unternehmen und Banken regiert wird. Mit diesem Prozess lässt sich – vereinfacht gesagt – viel produzieren, viel Luxus für wenige, und viel Müll einhergehend mit der Umweltzerstörung, und sozialen Ungleichheiten und Ausgrenzungen. Es ist ein System für 1% der Weltbevölkerung, wie uns Occupy Wall Street und so viele empörte Bewegungen ins Gedächtnis gerufen haben, ein System, das den Planeten Erde in einen katastrophalen Klimawandel führt.



Quelle: ips.org

Wir stehen der Herausforderung gegenüber, die Prinzipien, Werte und Träume davon, was glücklich sein ist, in Frage zu stellen. Ist es so, dass Glück von der Menge an Geld und von den Gütern und Dienstleistungen, die es uns zu erwerben ermöglicht, abhängig ist? Dies ist zumindest das Versprechen des Wirtschaftsmodells, in dem wir momentan leben und das sich durch die Green Economy wieder beleben will. Es beeinflusst unsere Art zu sehen, zu denken und zu fühlen, es lässt uns den Konsum als Wert verinnerlichen, gepredigt von der systematischen Propaganda, die in unsere Häuser, unsere Straßen, unsere Köpfe eindringt. Der Gemeinschaftssinn ist konsumorientiert, unsere Werte sind Anhänger von Konsumsignalen, unser Alltag ist voll von Signalen des Habens und Konsumierens, die schlussendlich das System legitimieren, ohne dass wir den Sinn des Ganzen und alles Unglück, das es mit sich bringt, hinterfragen. Die soziale Ungleichheit und Ausgrenzung, genauso wie die Zerstörung der Umwelt, können sogar gesehen und gefühlt werden, aber es ist, als hätte dies nichts mit uns und unserer Lebensweise zu tun.



Widerstand und alternative Vorschläge existieren in unseren Gesellschaften und in der Welt. Sie sind noch in der embryonalen Phase, aber sie sind die Träger der Zukunft, weil sie gegensätzlich sind zu unseren Ideen des Habens und immer mehr Habens, des mehr Konsumierens ohne jemals glücklich zu sein. Wir müssen diese Alternativen wachsam aber nicht fundamentalistisch verfolgen. Die indigenen Völker in den Anden haben in fünf Jahrhunderten des Widerstands gegen die Eroberung, Zerstörung und Kolonisierung – die im Namen des eurozentrischen Ideals des Fortschritts, der großen Philosophie des Kapitalismus, durchgeführt wurden – die Flamme des guten Lebens aufrechterhalten. Auf dem Weltsozialforum fiel das Ideal des guten Lebens wie ein Samen auf fruchtbaren Boden, es erweckte und nährte einen neuen Blick und neue Grenzen der Reflexion auf der Suche nach neuen Paradigmen. Im Hinblick auf die Grundlagen einer Zivilisation des Seins erscheint mir das gute Leben als eine große theoretische und praktische Herausforderung.

Die Säule des guten Lebens ist, sich selbst als Teil einer großen Gemeinschaft von untereinander und mit allem verbundenen menschlichen Wesen in einer interdependenten Welt zu begreifen. Die Bedingung für das gute Leben ist, zu wissen, wie man sich als Teil von allem und allen fühlt und sich damit verbindet und das Leben zu genießen, das durch Tauschbeziehungen und die Abhängigkeit von der Umgebung gekennzeichnet ist. In der Tat verbinden sich in der Sichtweise und der Kultur der indigenen Völker der Anden Konzepte und Praktiken von Gesellschaften, die mit allen Komponenten des Lebens interagieren.

Dort sind sowohl die Menschen als auch alle anderen Elemente der Natur Subjekte (die Luft, der Regen, die Sonne, der Mond, die Berge, die Tiere, die Pflanzen...), ebenso wie die Toten und die Geister. Die Beziehungen zwischen diesen Gruppen von Subjekten sind durch Respekt und Tausch und die unvermeidlichen gegenseitigen Abhängigkeiten gekennzeichnet. Die Formen dieser Beziehungen sind so divers wie die Biosphäre und die anderen natürlichen Bedingungen, die von Ort zu Ort verschieden sind. Die Lebensräume drücken diese Diversität der Natur, deren Interdependenz mit der Biodiversität und ihre Symbiose mit den verschiedenen menschlichen Gesellschaften aus. In den Lebensräumen erlangen die Bande zur Mutter Natur ihre Vollkommenheit.

Dahin zurückzukommen, uns als Teil der Lebensräume zu sehen, welche unser Ort der Existenz, der Abhängigkeit und des Tauschs sind, mit all den Möglichkeiten und Grenzen, das könnte der Weg sein, um die Beziehungen zwischen uns selbst und zwischen uns und unserer natürlichen Umgebung im gegenseitigen Respekt des lebenswichtigen Austauschs, der reproduziert und regeneriert ohne zu zerstören, zu erneuern und zu rekonstruieren. Der ideale Vorschlag, der für das gute Leben verfolgt werden sollte, stellt folglich eine mentale und praktische Kursänderung hin zu einer Relokalisierung und einer Wiederentdeckung der Bande, die uns mit der natürlichen Welt vereinen, dar. Darauf basieren die Bande des sozialen Zusammenlebens auf einem natürlichen Planeten und einem interdependenten Menschen, vom Lokalen zum Globalen.

Solch eine Philosophie könnte uns als Menschheit bei einer ethischen



und praktischen Rekonstruktion inspirieren, auf eine Biozivilisation zuzusteuern, als Gegengewicht zur Green Economy und der sozial und umweltzerstörerischen Geschäfte, die sie mit sich bringt. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen, der Weg der Veränderung ist nicht vorgegeben und es sind viele Herausforderungen zu bewältigen. Was ist oder könnte das gute Leben in einer Favela sein, in einer gigantischen städtischen Müllhalde, in einem Flüchtlingslager, in einer Gemeinschaft von Landnutzer_innen und bedrohten Landlosen, eines Migranten, der arm ist wie eine Kirchenmaus? Wie soll man das gute Leben wiederentdecken, wenn man umgeben ist von Zuckerrohr und Eukalyptus, soweit das Auge reicht? Wie soll man wieder träumen vom guten Leben in unseren Städten, die gemacht sind für Autos für den individuellen Gebrauch oder in den gekühlten Gebäuden und in den umzäunten Wohnvierteln, die die radikale Trennung zwischen uns selbst und der Welt da draußen symbolisieren? Worin besteht der Sinn der Gemeinschaft, der Interdependenz, der Solidarität, der noch immer existiert, um uns von innen heraus davon freizukaufen, in was unsere individualistische, konsumorientierte und das Gemeinwohl zerstörende Zivilisation uns verwandelt hat?

Nichts von den genannten Aspekten ist jedenfalls in der offiziellen Agenda von Rio+20 enthalten. Es liegt an uns zu sagen, genug ist genug! So geht es nicht weiter! Die großen Umwälzungen der Geschichte geschahen aufgrund von durch Ideen angetriebenen Menschen. Was wäre, wenn wir unsere bürgerlichen Kräfte vereinigten zugunsten des guten Lebens?

Solidarische Ökonomie in Brasilien

Skizze eines lebendigen Diskurses FÜR KoBRA VON YOKO WOLDERING, APRIL 2012.

„Das Aufzeigen der auf unterschiedlichen Ebenen existierenden Praxen ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, um dem noch immer gängigen Bild von der Alternativlosigkeit der aktuellen Entwicklungen und Modelle etwas entgegenzustellen und aufzuzeigen, dass bereits heute alternative Wege beschritten werden.“ (Auinger/ Jäger u. a. 2005: 14)

Die offizielle Agenda der im Juni in Rio stattfindenden UN-Klimakonferenz Rio+20 stellt grundlegende Paradigmen des Wirtschaftens und des Verhältnisses zur Umwelt nicht in Frage. So wird im Entwurf einer Abschlusserklärung der Regierungen, dem Zero Draft, ein kapitalistischer Wachstumsdiskurs ungebrochen weitergeführt. Es wird von „Grüner Wirtschaft“ gesprochen, bei der die Ökosysteme zur Ware werden. Der aktuell praktizierte Welthandel mit all seinen Ungleichheiten, sozialen Ungerechtigkeiten, das Konsumverhalten der Industrienationen und die durch die neoliberale Logik produzierten Krisen werden nicht in Frage gestellt (siehe auch: „Die Zukunft, die sie wollen“ und „Cúpula dos Povos: Eine Alternativagenda zu Rio+20“ in dieser Ausgabe). Im Rahmen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Diskurs der Regierungen und der daraus resultierenden Praxis, werden von zivilgesellschaftlichen brasilianischen Bewegungen verschiedene Alternativen angebracht. Die in der Cúpula dos Povos organisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen bringen dabei immer wieder Formen solidarischer Ökonomie in die Diskussion ein.



Dabei muss unterschieden werden zwischen einem sehr offen geführten solidarökonomischen Diskurs, bei dem über „Alternativen zu einem lange Zeit als alternativlos geltenden neoliberal geprägten Kapitalismus“ (Endlein 2011:1) diskutiert wird und einer konkreten, brasilianischen Praxis. So geht es um eine andere Form des Wirtschaftens und Sich-in-Beziehung-Setzens, die nicht nur Utopie, sondern eine bereits lebendige und in Brasilien stark institutionalisierte Alternative zum herrschenden Neoliberalismus darstellt.

Die Economia Solidária als soziale Beziehung

In Brasilien hat eine heterogene Bewegung der Economia Solidária (EcoSol) bereits regionale, bundesstaatliche bishin zu nationalen Netzwerkstrukturen geschaffen. Die Foren der EcoSol vereinigen wichtige politische Akteure und „fungieren als soziale, zivilgesellschaftliche Kontrollinstanz der staatlichen Politik“ (Alt Vater 2006: 117). In ihrer 2003 beim dritten Nationalen Plenum der Solidarischen Ökonomie veröffentlichten Carta de princípios da Economía Solidária (Erklärung der Prinzipien der Solidarischen Ökonomie) definiert sich die Bewegung als „Einlösung des historischen Kampfes der Arbeiter_innen, als Verteidigung gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und als Alternative zur kapitalistischen Art und Weise, die sozialen Beziehungen der Menschen unter sich und zur Natur“ (vgl. FBES, Hervorhebung YW) zu gestalten. So fasst die Bewegung in ihrem Selbstverständnis ökonomische und soziale Praxen zusammen, die begründet sind in „Beziehungen der solidarischen Zusammenarbeit, inspiriert

von kulturellen Werten, die den Menschen als Subjekt und Ziel von ökonomischen Aktivitäten setzen [...]“ (vgl. ebd.). Sie lehnt sich dabei sowohl an Praxen der Wechselseitigkeit indigener Völker als auch am britischen Kooperativismus des 19. Jahrhunderts an. Bei aller Unterschiedlichkeit von Ziel und Ursprung sowie kulturellen Hintergründen dieser Formen, gebe es Schnittmengen im Ansatz: „Die soziale Wertschätzung menschlicher Arbeit, die volle Bedürfnisbefriedigung aller als Antrieb für technologische Kreativität, die Anerkennung des maßgeblichen Platzes der Frau und des Femininen in einer auf Solidarität basierenden Ökonomie, ein vom Respekt geprägter Austausch mit der Natur und Werte der Kooperation und Solidarität“ (vgl. ebd.). Solidarität heißt dabei zunächst, dass es ein Zusammengehörigkeitsgefühl, einen Gemeinsinn gibt. Sie widerspricht dem Prinzip der Redistribution, da Hierarchie und Regulation von Ökonomie und Gesellschaft von oben abgelehnt werden.

„Solidarität setzt daher ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit in einer Gesellschaft voraus, die in einer Kultur, Ethnizität, Lokalität, Klasse oder einer die Klassen übergreifenden Lebenserfahrung begründet sein kann, um ein großes Problem, z.B. Arbeitslosigkeit, Armut oder Rechtslosigkeit zu bewältigen.“ (Alt Vater 2009: 186)

Solidarität ist aber nicht nur ein idealistisches Programm, sondern bedarf vor allem einer materiellen Basis.

Bei der EcoSol geht es deshalb nicht nur um die Bedürfnisbefriedigung einer Gesellschaft, sondern auch um die Neugestaltung sozialer Beziehungen, Demokratisierung, ökonomische, soziale, kulturelle und



Umweltgerechtigkeit sowie die Ausübung des Bürger_innenrechts durch partizipative (Selbst-)Verwaltung. Die EcoSol umfasst alle Formen wirtschaftlicher Tätigkeit, die in Selbstverwaltung organisiert sind, etwa Genossenschaften, Vereine, Tauschringe oder Volksbanken und Kreditgenossenschaften (vgl. FBES). Sie ist Teil einer sozialen Selbstverwaltung und ergänzt diese. Man kann sie nicht in rein ökonomischen Kategorien begreifen, weil sie vor allem eine soziale Beziehung darstellt – von Unternehmen untereinander und mit anderen Individuen und sozialen Akteuren. Rosalvo Schütz schreibt hierzu:

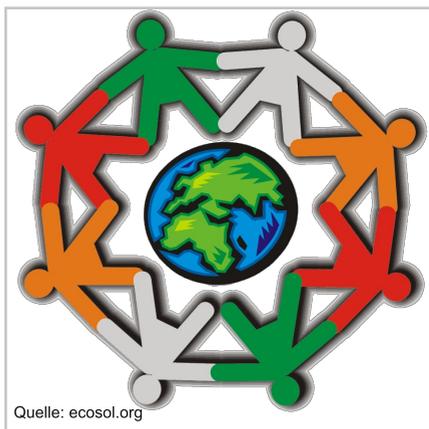
„Die solidarökonomischen Unternehmen, die sich behaupten können, ohne Konkurs zu gehen oder einfache, kapitalistische Unternehmen zu werden, sind solche, die es vermögen, sich politisch, sozial und ökonomisch mit der größtmöglichen Anzahl anderer Unternehmen und sozialer Akteure zu artikulieren.“ (Original auf port. Schütz 2007: 24f., übersetzt von YW)

Die EcoSol bildet demnach zwar ein ökonomisches Machtinstrument, aber und vor allem einen Raum für Basisorganisation, soziale und politische Kraft und einen neuen Lernbereich (vgl. Schütz 2008: 33). Sie ist somit auch ein Bildungsprozess. Die Bildungs- und Lernprozesse, die zu einer solidarischen Ökonomie befähigen, stellen „hohe und komplexe Anforderungen an basisdemokratisch geerdete föderative soziale Bewegungen“ (Alt Vater 2006:161). Dazu gehört erstens: strukturelle Grenzen und Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus theoriebildend gesellschafts- und kulturwissenschaftlich zu untersuchen und bewusst zu machen; zweitens: sehr heterogene Erfah-

rungen und Milieus, aus denen heraus sich Widerstand bildet, zu stärken, in ihrer Vielfalt anzuerkennen und in diskursive Beziehungen zu bringen und drittens: die „Abwege“ der solidarischen Ökonomie zu untersuchen und zu verstehen, damit eine kritische Auseinandersetzung stattfinden kann.

Institutionalisierung der EcoSol

Bereits 1994 wurde die Associação Nacional dos Trabalhadores em Empresas de Autogestão e Participação Acionária (ANTEAG - Nationale Vereinigung der Arbeiter_innen in Betrieben mit Selbstverwaltung und Aktienbeteiligung) gegründet, ein Forum für Austausch und Lernprozesse, welches Betriebe für die Qualifikation einer EcoSol unterstützt, solidarökonomische Betriebe vernetzt und Kooperationen mit öffentlichen und privaten Trägern fördert (vgl.: ANTEAG). Die ANTEAG übernimmt also Bildungsaufgaben, Beratung und Interessenvertretung gegenüber der Regierung, den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit (vgl. Altvater 2009: 205). 1999 gründete der gewerkschaftliche Dachverband Central Única dos Trabalhadores



(CUT) dann eine Agentur für solidarische Entwicklung, die Agência de Desenvolvimento Solidário (ADS), die beratende Funktion bei der Übernahme insolventer Betriebe durch die Beelegschaft ausübt. So sind Gewerkschaften zu aktiven Unterstützerinnen von Gemeinschaftsbetrieben geworden.

Mit dem Amtsantritt des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva 2003 fand die Idee der EcoSol nun auch auf staatlicher Ebene Unterstützung. Die Regierung Lula richtete ein eigenes Ministerium für die EcoSol ein, die *Secretária Nacional de Economia Solidária* (SENAES) und gründet zusammen damit einen Rat für EcoSol, den *Conselho Nacional de Economia Solidária* (CNES), der mit insgesamt 1112 Delegierten, paritätisch aus Vertreter_innen von Regierung, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen (auch Gewerkschaften) besteht und ein Beschlüsse fassendes Organ darstellt. Die Delegierten beschäftigen sich mit der Strukturierung des wirtschaftlichen Modells nachhaltiger, demokratischer und gerechter Entwicklung; Verbesserung der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter_innen; Organisation von Mikrokrediten; solidarökonomische Produktionsnetzwerke; Zusammenschluss der Organisationen im Genossenschaftswesen und einer Formulierung staatlicher Politik gegenüber der EcoSol.

„Es werden gemeinsam von Arbeitern selbstverwaltete Betriebe gegründet, sie werden staatlich unterstützt und die Betroffenen nehmen an der Formulierung der Wirtschaftspolitik selbst über die Foren und den »Nationalen Rat« teil.“ (Müller-Plantenberg 2006: 119)

Der CNES setzt sich auch für das

Recht auf menschenwürdige Arbeit und die Abschaffung sklavenähnlicher Verhältnisse ein.

Im April 2005 wurde per Gesetz ein nationales Mikrokreditprogramm, *Programa Nacional do Microcrédito Produtivo Orientado* (PNMPO), beschlossen. Ziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen im Bereich der Kleinunternehmer_innen. So werden finanzielle Ressourcen bereitgestellt und diejenigen Institutionen, welche Mikrokredite vergeben – beispielsweise die *Caixa Econômica Federal*, eine Art Volkssparkasse – technisch zu unterstützen.

Eine wichtige Lücke für die Bildung und Ausbildung der Arbeiter_innen und eine dauerhafte Unterstützung füllen schließlich die Universitäten. Sogenannte *incubadoras* (Brutkästen) an Universitäten unterstützen die Gründung von solidarökonomischen Unternehmen. Sie beraten, leisten organisatorische Hilfestellung und bilden aus. Zudem reflektieren sie kritisch in Forschungsgruppen die sehr vielfältigen Projekte einer EcoSol. *Incubadoras* nehmen somit eine wichtige strukturelle Rolle ein:

„...nämlich eine dauerhafte Unterstützung für die solidarischen Unternehmen zu leisten, die Prinzipien der Genossenschaften und interessierten Gruppen zu verbreiten und ihnen dabei zu helfen, Tätigkeiten in der Produktion und in Dienstleistungen zu organisieren, die angewandten Techniken zu verfeinern, die Genossenschaften zu legalisieren, Märkte und Finanzierung zu suchen und anderes mehr.“ (Singer 2004: 97)

Seit 1996 existiert außerdem ein Netzwerk brasilianischer Universitäten, die *Rede Unitrabalho*, welches sich zum Ziel macht, die soziale Verantwortung, die Univer-



sitäten haben, einzulösen. Dies soll im Fall der EcoSol durch Zusammenarbeit in Bildungsprojekten, in der Forschung und durch die Ausbildung von Arbeiter_innen geschehen (vgl.: Rede Unitrabalho).

Außer den hier erwähnten Verbänden gibt es noch viele weitere, wie beispielsweise das während des ersten Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre entstandene FBES - Fórum Brasileiro de Economía Solidária.

Chancen und Risiken

Trotz der erwähnten Institutionalisierung und Vernetzung, kann keineswegs von einer einheitlichen solidarökonomischen Bewegung gesprochen werden. Die Ziele solidarökonomischer Organisationsformen reichen in der Praxis von humaner Ergänzung der kapitalistischen Marktwirtschaft bis hin zur Überwindung des Kapitalismus und von lokaler bis zu globaler Ebene. Zudem gibt es solidarökonomische Einzelunternehmen wie auch Zusammenschlüsse mehrerer Produktionsgenossenschaften, freiwillige Vereinbarungen bis hin zu verbindlichen Regeln mit und ohne Beteiligung des Staates. Oftmals bilden sich solidarisch selbstverwaltete Betriebe und Besetzungen aus der konkreten Not heraus, in Argentinien während der Krise 2001 vielfach geschehen. Für viele Menschen stellt solidarische Ökonomie die einzige Überlebensperspektive dar da große Bevölkerungsteile außerhalb einer globalisierten Ökonomie leben (vgl. Birkhölzer 2008: 131).

Die verschiedenen Formen der Praxis einer solidarischen Ökonomie sind somit in ihre Auswirkung nicht immer kollektiv-emanzipatorisch und sozial-ökologisch, sondern weisen teilweise bedrohliche

Formen einer pro-kapitalistischen, den Kapitalismus reproduzierenden und komplettierenden, anti-transformatorischen Ökonomie auf. Ein Hauptrisiko der solidarökonomischen Unternehmen ist es, dass sie zum Instrument des Erhaltes und zur Rechtfertigung einer kapitalistischen Gesellschaft gemacht wird (vgl. Schütz 2008: 22). Selbstverwaltete Betriebe ansich stellen keinen Bruch mit den kapitalistischen Produktions- und Konsumweisen dar, sondern können sich auch innerhalb eines solchen Systems bewahren, wo für den Tauschwert produziert wird, denn „die Rede von ‚Selbsthilfe und Eigenverantwortung‘ einerseits und ‚freiwilliger Solidarität‘ andererseits gehören seit jeher zu neoliberalen Rezepten“ (Giegold/ Embshoff 2008: 20). Weiter schreibt Giegold: „[...] die Idee der ökonomischen Selbsthilfe kann dazu beitragen, die Forderung an den Staat zur Garantierung universeller sozialer und ökologischer Rechte zu schwächen“ (ebd.: 20). So kann solidarische Ökonomie also leicht von „neoliberalen Ideolog_innen“ missbraucht werden, um den Rückzug des Staates aus sozialen Leistungen zu legitimieren. Weiter gab es zwar viele erfolgreiche Überführungen insolventer Betriebe in solidarökonomische Unternehmen, u.a. aber auch, weil es die Genossenschaftler_innen auf sich nahmen, monatelang für extrem niedrige Löhne zu arbeiten. Arbeiter_innen stehen oft vor einer extremen Überbelastung und Selbstausbeutung, wenn eine Koexistenz mit dem Kapitalismus versucht wird (vgl. Schütz 2008: 28).

Experimentieren und Suchen

Bei der brasilianischen Bewegung der EcoSol geht es um prozesshaf-



tes Intervenieren einer pluralen und von Diversität gekennzeichneten emanzipatorischen Bewegung. Aus diesem Grund ist eine breite, uneinheitliche Palette sozialen Handels wichtig, in der die kritische (Selbst-) Reflektion nicht aufhören darf. Vor allem im Zuge der Kritik der offiziellen Agenda von Rio+20 werden immer wieder Verbindungen zwischen Agrarökologie und Solidarischer Ökonomie hergestellt welche Chancen und Möglichkeiten die Verknüpfung dieser Bewegungen bietet, gilt es genauer zu untersuchen.

Bei der EcoSol geht es letztlich darum, in solidarischen und fairen Beziehungen der Entbettung des

Marktes aus der Gesellschaft entgegenzuwirken und die wachsenden Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft zu überwinden. Dabei gibt es kein vorgefertigtes Modell oder ein einziges konsistentes Projekt für eine gesamtgesellschaftliche Transformation. Die verschiedenen Ansätze dürften zunächst auch Widersprüche aufweisen, denn es handelt sich um ein Experimentieren und Suchen, genauso wie um die Schaffung eines gegenhegemonialen Diskurses. Es zeigt sich also: Alternativen sind nicht nur möglich, sie werden gedacht und sind bereits lebendig!

- Altwater, Elmar (2006): Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? In: Altwater, Elmar; Nicola Sekler (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA-Verlag, S. 9–21.
- Altwater, Elmar (2009): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. 6. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.
- ANTEAG - Associação Nacional dos Trabalhadores em Empresas de Autogestão e Participação Acionária. Online verfügbar unter <http://www.anteag.org.br>, zuletzt eingesehen am 10.04.2012.
- Auinger, Markus; Johannes Jäger u. a. (2005): Einleitung: Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute: Konzeptionelle Aspekte. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten (Hg.): Journal für Entwicklungspolitik. Wien: Mandelbaum Edition Südwind, XXI / 2, S. 4–20.
- Birkhölzer, Karl (2008): Soziale Solidarische Ökonomie - eine weltweite Bewegung. In: Giegold, Sven (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verl, S. 128–131.
- Endlein, Thorsten (2011): Notizen zur Solidarischen Ökonomie. In: Streifzüge 52/11, <http://www.streifzuege.org/2011/notizen-zur-solidarischen-oekonomie#more-9848>. Zuletzt eingesehen am 10.04.2012.
- FBES - Fórum Brasileiro de Economia Solidária. Online verfügbar unter: www.fb.es.org.br.
- Giegold, Sven; Dagmar Embshoff (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Giegold, Sven (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verl, S. 11–24.
- Müller-Plantenberg, Clarita (2006): Solidarische Ökonomie in Brasilien. In: Altwater, Elmar; Nicola Sekler (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA-Verlag, S. 112–123.
- Schütz, Rosalvo (2007): Solidarwirtschaft statt Marktwirtschaft. In: Berger, Herbert; Gabriel, Leo (Hg.): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. 1. Aufl. Wien: Mandelbaum-Verl., S. 196–203.
- Schütz, Rosalvo (2008): Economia Popular Solidária: novos horizontes para a educação popular? In: Abreu, Janaina (Hg.): Desafios da economia solidária. São Paulo: Editora e Livraria Instituto Paulo Freire (Le Monde Diplomatique, 4), S. 19–52.
- Singer, Paul (2004): Solidarische Ökonomie in Brasilien heute. Eine vorläufige Bilanz. In: Kurswechsel, H. 4, S. 89–101.



Erster Schritt in Richtung Agrarreform

FREI BETTO. AUS ADITAL, MÄRZ 2012. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON MIRJA ANNAWALD.

Noch ein Minister ist gestürzt, dieses Mal traf es den Minister für Agrarentwicklung. Sein Nachfolger wird Pepe Vargas (PT-RS). Vargas war zwei Amtsperioden lang Bürgermeister der Stadt Caxias do Sul und pflegt gute Beziehungen zur brasilianischen Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra).

Man hofft, dass Präsidentin Dilma Rousseff damit den ersten von drei wichtigen Schritten hin zu einer Agrarreform unternommen hat, sodass Brasilien kein schlechtes Bild auf der "internationalen Bühne" abgibt. Die beiden nächsten Schritte wären erstens ihr Veto gegen das vom Senat vorgeschlagene Waldschutzgesetz (Código Florestal) und zum anderen eine neue Umwelt- und Landpolitik. Diese wäre eine gute Vorbereitung für Brasilien als Gastgeber der UN-Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20 im Juni 2012 in Rio de Janeiro.

Die Landfrage in Brasilien ist der größte Schandfleck der Nation: Agrarreform? Fehlanzeige! Genau gesagt gab es eine einzige Landreform.

Und zwar eine, auf deren Grundlage der Großgrundbesitz gerne weiterbestehen würde: Als die portugiesische Krone unser Land als großflächige Lehensgebiete verschenkte.

Seit 2008 hat Brasilien die USA in Bezug auf den Verbrauch von Agrotaxinen überholt und ist heute Weltmeister. Laut UN wird ein Großteil der in anderen Ländern verbotenen Agrargifte nach Brasilien eingeführt. Hier sollen sie die Rohstoffproduktion ankurbeln.

Es genügt, festzustellen, dass 50 Prozent dieser "Pflanzenschutzmittel" im Soja-Anbau für den Tierfutterexport verbraucht werden. Und was noch viel gravierender ist: Die brasilianische Regierung gewährt seit 1997 bei der Mehrwertsteuer ICMS (Imposto sobre Circulação de



Mercadorias e Serviços) einen Steuernachlass von 60% für Pflanzenschutzmittel. Die Kosten werden auf das brasilianische Gesundheitssystem SUS (Sistema único de Saúde) abgewälzt – auf die Landarbeiter_innen und auf uns alle, die wir vergiftete Produkte konsumieren.

Es ist einfach ein Trugschluss, zu behaupten, Agrargifte würden zur Ernährungssicherung beitragen. Statistiken zufolge hat der vermehrte Einsatz in keinster Weise dazu beigetragen, den Hunger in der Welt zu lindern.

Die brasilianische Gesundheitsbehörde ANVISA (Agência Nacional de Vigilância Sanitária) versucht, Agrottoxine hinsichtlich ihrer Qualität und Auswirkungen zu kontrollieren. Aber selbst wenn Pestizide verboten sind, ist es nicht immer möglich, dem Druck der Agrarlobby auf andere Staatsorgane – vor allem auf die Justiz – Stand zu halten.

Ein im Rahmen des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 veröffentlichtes Dokument besagt, dass die globale Lebensmittelproduktion sowohl in Hinblick auf das Volumen als auch auf die Preise angestiegen sei – dank der Verwendung von Agrargiften und von genverändertem Saatgut. Die Kosten: Zerstörung der Böden, Wasserverschmutzung und -verschwendung, Zerstörung der Biodiversität, Eindringen in Gebiete traditioneller Gemeinschaften (Indigene, Clans, Kleinbauern und -bäuerinnen etc.).

Heute leben bereits sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Im Jahr 2050 werden es neun Milliarden sein. Wenn nicht bald folgende dringende Maßnahmen unternommen werden, wird eine nachhaltige Agrarproduktion immer schwieriger: Schutz,

Verteilung und Management und von Wasserressourcen, Schutz der Biodiversität, Förderung der nachhaltigen Nutzung von Wäldern, vermehrte Verbreitung von Informationen über die Auswirkungen des Klimawandels.

Hinsichtlich des ersten und dritten Punktes verhält sich Brasilien genau entgegengesetzt: Die Gebiete, in denen Anbau in Monokulturen vorherrscht, werden immer größer. Dadurch wird die Biodiversität zerstört und die Vermehrung von Schädlingen begünstigt. Da die Schädlinge kaum mehr natürliche Feinde haben, lautet die einzige Möglichkeit Vergiftung des Bodens und des Wassers mit Agrargiften. Aber auch das führt zu keinem Ergebnis. In Ceará ist eine große Ananaspflanzung missraten und zwar trotz des Einsatzes von insgesamt 18 verschiedenen "Pflanzenschutzmitteln".

Bleibt zu hoffen, dass es dem neuen Minister Pepe Vargas gelingt, einen Raum für interministeriellen Dialog zu schaffen, um Brasilien von multinationalen Unternehmen zu befreien, die mit ihrer Wild-West-Mentalität die Zerstörung unserer angestammten Umwelt vorantreiben. Die Ansiedlung der landlosen Familien sollte er ebenso beschleunigen wie die Enteignung von Brachland und von Ländereien, die mit Hilfe von Sklavenarbeitern betrieben werden.

Die Regierung müsste Ausdruck des Volkswillens sein. Diesem soll sie dienen. Deshalb muss sie in ständigem Dialog mit den sozialen Bewegungen stehen, die sich in Umwelt- und Agrarfragen engagieren – also in zwei Bereichen, welche von nun an untrennbar miteinander verbunden sind.



Embrapa im Dienst von Monsanto?

VON FREI GILVANDER LUÍS MOREIRA, ADITAL, 12. MÄRZ 2012, FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON SABINE REITER

Genau zur diesjährigen brasilianischen „Kampagne der Brüderlichkeit“ zum Thema „Gesunde Bevölkerung“ hat das staatliche brasilianische Unternehmen zur Erforschung der Land- und Viehwirtschaft EMBRAPA eine Zulassungsausweitung des Pflanzengifts Glyphosat auf Maniok-Kulturen gefordert. Diese bedauerliche Nachricht macht zumindest sieben kurze Kommentare erforderlich:

1. EMBRAPA gehört zu den öffentlichen Unternehmen, die das meiste Geld von Seiten transnationaler Unternehmen für die Erforschung oder besser Technologisierung der land- und viehwirtschaftlichen Produktion erhalten. Ein brasilianisches Sprichwort besagt: „Wer die Band bezahlt, bestimmt die Musik“. Anders ausgedrückt: ein großer Teil der Forschungen von EMBRAPA während der letzten Jahre diente großen Herstellern von Agrargiften. Dazu gehört auch das Unternehmen MONSANTO, das EMBRAPA im Jahr 2010 nicht weniger als 5,9 Mio R\$ an Forschungsgeldern für die darauf folgenden drei Jahre (2011-2013) zur Verfügung stellte.

2. Glyphosat ist ein systemisches, nicht-selektives Pflanzengift: es bekämpft alle Pflanzen – es sei denn, sie wurden genetisch gegen Glyphosat resistent gemacht. Das sind beispielsweise Pflanzen (z.B. Soja) vom Typ RoundupReady, hergestellt von MONSANTO. Eines der meistverkauften Agrargifte von MONSANTO in Brasilien ist

Roundup, der Hauptbestandteil ist Glyphosat.

3. Der massive Einsatz von Glyphosat hat zudem bei einigen Pflanzen Resistenzen hervorgerufen. In Folge dessen muss die eingesetzte Dosis immer stärker erhöht werden. Das führt zu sinkender Bodenfruchtbarkeit, da das Herbizid gleichzeitig auch Bakterien vernichtet, die für die Regenerierung des Bodens unerlässlich sind. So kommen täglich mehr chemische Düngemittel zum Einsatz, die zwar den Pflanzen, aber nicht dem Boden Nährstoffe zuführen. Ein Teufelskreis. Allein im Jahr 2011 beliefen sich die Ausgaben für die Einfuhr von Düngemitteln (20,7 Mio Tonnen) in Brasilien auf 9,1 Mrd Dollar. Wer also hat hier den Nutzen und wer den Schaden?

4. Der Agronom Dr. Rubens Onofre Nodari (Master in Phytotechnik, Promotion an der University of California at Davis und aktuell Professor an der staatlichen Universität von Santa Catarina) bestätigt, dass Glyphosat abgesehen von den Umweltschäden auch Probleme im Gesundheitsbereich hervorruft, beispielsweise bestimmte Krebsarten und Fehlbildungen beim Fötus. Es reduziert die Produktion von Progesteron und beeinflusst die Zellsterblichkeit in der Plazenta – die falschen Gene werden zur falschen Zeit im falschen Organ aktiv. Glyphosat bewirkt – so zeigten Versuche mit Ratten – auch eine Verminderung der Spermienproduktion oder führt zu anormalen Spermien. Im Hormon produzie-



renden System kann es zur Veränderung von Hormonen führen, die an der Regulierung der Umwandlung von Erbinformation in Proteine oder DNA beteiligt sind.

5. Wir sehen, dass EMBRAPA auch heute noch eine ähnliche Rolle inne hat wie zu Zeiten ihrer Gründung: Anfang der 1970er Jahre – mitten in der Militärdiktatur – wurde EMBRAPA durch den damaligen Präsidenten Médici ins Leben gerufen und damals bereits Teil einer Struktur, die zur Umsetzung der so genannten „Grünen Revolution“ [einer stark mechanisierten Landwirtschaft, die die Abfallprodukte des Zweiten Weltkriegs einsetzte. Neben schweren Maschinen auch in Pflanzenschutzmittel umgewandelte chemische Kampfstoffe, Anm. d. Übers.] geschaffen wurde. Es bereichern sich einige wenige Unternehmen, während für die brasilianische Gesellschaft die dabei entstandenen Probleme im sozialen, im Umwelt- und sogar im wirtschaftlichen Bereich übrig bleiben. Ungerechter Weise ist es die staatliche Struktur, die die Begünstigung des Agrobusiness und folglich auch der transnationalen Unternehmen unterstützt, von denen Produktion und Kommerzialisierung der Pflanzengifte gesteuert wird. Und der Staat bezeichnet sich selbst als rechtsstaatlich und demokratisch.

6. Wollen wir zusehen, wie Brasilien zur größten Giftmülldeponie der Welt wird? Brasilien ist bereits Weltmeister im Gebrauch und Einsatz von Pflanzengiften. Aus diesem Grund führt der Abgeordnete Padre João (PT) im Bundesabge-

ordnetenhaus einen Feldzug gegen den Einsatz von Pflanzengiften.

7. Es ist unzulässig, dass EMBRAPA weiterhin Projekte zur „Verbesserung in der landwirtschaftlichen Produktion“ durchführt, die die Interessen der transnationalen Unternehmen stärken, die Umwelt angreifen und die brasilianische Bevölkerung krank machen. Die Hauptaufgabe von EMBRAPA sollte es sein, im Bereich der kleinbäuerlichen Landwirtschaft an der Entwicklung organischer Düngemittel zu forschen. EMBRAPA muss in all seine Forschungen das Paradigma der ökologischen Landwirtschaft übernehmen. Nur so leistet es einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit für die Bevölkerung im ganzen Land.

Letztlich sollten fast alle Gifte verboten sein. Ihr Gebrauch sollte nur in Ausnahmefällen toleriert werden und nicht – wie leider momentan – die Regel sein. Roundup und viele andere Pflanzengifte wurden entwickelt, um zu töten. Es gibt ein makabres stillschweigendes Abkommen zwischen dem Agrobusiness und der Pharmaindustrie: Vergiftete Lebensmittel werden produziert, die die Menschen krank machen und sie damit in die Fänge der Pharmaindustrie treiben. Diese steht in Puncto Geld-Machen an zweiter Stelle, gleich nach der Rüstungsindustrie. Im Namen der Kampagne der Brüderlichkeit für die Bevölkerungsgesundheit lehnen wir die Zulassung von Glyphosat sowie alle davon abgeleiteten Produkte für Maniok entschieden ab.



Friede den Hütten, Krieg den Drogengangs

SAM COWIE. DW, JANUAR 2012.

Der Staat hat Rio de Janeiros größtes Elendsviertel Rocinha, lange Zeit Rückzugsraum der Drogenmafia, zurückerobert. Doch es gibt noch viel zu tun, um das Leben der Menschen im Viertel zu verbessern. Samstagnachmittag in Rios Elendsviertel Rocinha. Im Hof einer Kirche hat sich eine Menschenmenge versammelt. Die Gläubigen begrüßen Dom Orani Tempesta, den Erzbischof von Rio de Janeiro. Während der Bischof im Konfettiregen die Kirche betritt, fährt draußen ein schwarzer Pick-Up vorbei. Auf der Ladefläche hocken Männer mit schweren Waffen.

Vor rund 30 Jahren begann der Drogenhandel im Viertel. Seitdem sind die Bewohner_innen den Anblick Bewaffneter gewöhnt. Bisher trugen sie die Insignien der Gang-Kultur: Turnschuhe, Fußball-Trikots und auffälligen Schmuck.

Die neuen Bewaffneten sehen anders aus: Kampfstiefel, schusssichere Westen, schwarze Uniform. An ihrem linken Oberarm prangt das martialische Abzeichen der BOPE, ein von einem Messer durchbohrter Totenkopf vor zwei gekreuzten Pistolen. Das "Batalhão de Operações Policiais Especiais" ist Rios Sondereinsatzkommando.

Aufräumen für die WM

Die Rocinha ist Rio de Janeiros größte Favela. Sie liegt mitten in der Stadt, auf einem Quadratkilometer anarchisch wuchernder Hütten leben hier je nach Schätzung zwischen 120.000 und 200.000 Menschen.

Lange war die Rocinha ein rechtsfreier Raum, beherrscht von der Drogenmafia. Dann, am 13. November 2011, besetzten mehr als 3.000 Polizisten das Viertel. Die Drogenbanden wurden vertrieben, wer nicht geflohen war, wurde verhaftet, Drogen und Waffen wurden beschlagnahmt. Bis zur Fußball WM 2014 soll die ganze Stadt von den Drogenbanden gesäubert werden. Die Invasion verlief friedlich. Die Sicherheitskräfte mussten keinen einzigen Schuss abfeuern. Brasilianische Politiker_innen bezeichneten die Aktion, jüngster Schritt der groß angelegten Strategie zur Befriedung von Rios Favelas, als großen Erfolg. Allerdings war die Besetzungsaktion tagelang vorher angekündigt worden – genug Zeit für Drogengangs, ihre Flucht in andere Stadtteile vorzubereiten.

Neue Gesichter im Elendsviertel

Seit November vergangenen Jahres ist das Viertel von Rios Spezialeinheit BOPE besetzt. Ab März soll die



Überwachung und Sicherung der Favela dauerhaft von regulären Polizei-Einheiten übernommen werden. Schon jetzt hat die veränderte Sicherheitslage neue Gesichter in die Rocinha gelockt.

"Es gibt viele Leute, die aufgrund des Drogenhandels früher nicht hierher gekommen sind", sagt Marcos Burgos, Leiter von Mundo Real, einer NGO, die die Entwicklung des Viertels verfolgt. Auch der Erzbischof Dom Orani Tempesta hatte sich vor November 2011 nicht in den Stadtteil getraut.

Neben den Besuchen von Offiziellen und Würdenträger_innen wie dem Erzbischof gibt es einen Zustrom von Geschäftemacher_innen aller Art. Die Gemeindeversammlungen sind inzwischen voll mit Ortsfremden, die versuchen, von den Veränderungen zu profitieren und sich ein Stück vom Kuchen abzuschneiden.

Schon wenige Tage nach der Invasion verkauften Vertreter_innen von Sky TV ihre ersten Abos in der Favela. "Manche Leute meinen, diese Unternehmen würden nur eine vorhandene Nachfrage befriedigen", sagt Burgos. "Schließlich wollten

die Leute ein besseres TV-Angebot." Doch Burgos befürchtet, dass nach der Ausbeutung durch die Drogenhändler_innen jetzt die Ausbeutung durch die legalen Geschäftemacher_innen folgt.

Armut und Krankheit

Die Rocinha liegt in direkter Nachbarschaft zu einigen der teuersten Stadtviertel Rios wie São Conrado und Gávea. Trotzdem rangiert die Favela ganz unten, wenn es um die Befriedigung elementarer menschlicher Bedürfnisse geht.

Der offene Abwasserkanal am Rande der Favela ist ein ständiges Ärgernis und ein großes Gesundheitsrisiko. Die beiden kleinen Gesundheitsstationen des Viertels können den großen Bedarf der Menschen nicht decken.

Bildung ist ein weiteres großes Problem. Die Alphabetisierungsrate liegt zwar bei 90 Prozent, das entspricht dem brasilianischen Durchschnitt. Allerdings besitzt nur ein Prozent der Bewohner_innen einen Hochschulabschluss.

Schutz vor Spekulant_innen

"Die Menschen müssen sich unbedingt zusammenschließen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lage erreichen wollen", sagt Seu Martins, der für die Stiftung Bento Rubião arbeitet. Martins kümmert sich um die Legalisierung der Landrechte von Favela-Bewohner_innen. "Bisher war das wegen der Drogenhändler_innen nur sehr schwer möglich."



"Die Bewohner_innen des Viertels brauchen Besitztitel. Nur so können sie sich vor Spekulant_innen schützen", betont Martins. Schließlich lägen die Grundstücke der Favela-Bewohner_innen manchmal in durchaus attraktiven Lagen.

"Außerdem muss die sanitäre Situation verbessert werden. Dann brauchen sie bessere Wege und Straßen, damit auch ältere Menschen sich bequem bewegen können. Und natürlich eine Verbesserung der Bildungssituation."

Staatliche Investitionen

Die Zentralregierung hat bereits in der Vergangenheit in die Rocinha investiert. Der Stadtteil bekam 2007 im Rahmen eines Wachstumsprogramms Geld von der Regierung. Unter anderem wurde ein Sektor saniert, in dem zuvor eine der höchsten Tuberkulose-Raten des Bundesstaates herrschte.

Rund 65 Prozent der Projekte sind inzwischen abgeschlossen. Der Rest aber wurde gestoppt. Grund: Angeblich wurde das Budget bereits überschritten. Und so ist auch die geplante Kindertagesstätte noch immer verbarrikiert. Bei den Bewohner_innen sorgt das für Ärger: Sie beklagen schlechte Planung, Misswirtschaft und Korruption.

Schlechte Menschenrechtsbilanz

Auch das Verhältnis der Bewohner_innen zur Polizei ist schwierig. Noch sind Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen nur schwer vorstellbar.

Die Menschenrechtsbilanz von Rios Polizei ist schlecht. Auf 23 Verhaftungen kommt nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch ein_e Tote_r. Viele der Opfer seien Favela-Bewoh-

ner_innen. Amnesty International hat das Vorgehen der BOPE-Truppe beim Stürmen von Favelas als "exzessiv aggressiv" verurteilt.

"Wir mögen diese Leute nicht", sagt Wesley, Mitarbeiter eines Restaurants. "Die sind total verschlossen, schauen dich an, als ob kriminell wärst. Nur weil wir sie nicht leiden können, glauben sie, dass wir alle Drogenhändler_innen sind. Es war schlimm hier als die Drogenhändler_innen da waren, aber niemand wurde misshandelt."

Paradoxerweise hat die Besetzung des Viertels durch die Polizei und die Vertreibung der Drogenhändler_innen neue Sicherheitsprobleme geschaffen. Räuber_innen überfielen zum Beispiel ein Elektronik-Geschäft. Unter der Herrschaft der Drogenbaron_innen wurden Überfälle sofort bestraft – die Räuber_innen massiv verprügelt oder gleich ermordet.

"Ich fühle mich nicht mehr so sicher wie früher. Ich habe das Gefühl, dass ich jetzt meine Tür verschließen muss," sagt ein Bewohner, der lieber anonym bleiben will.

Eines ist klar: Auch nach der Vertreibung der Drogenhändler_innen bleibt noch viel zu tun im größten Slum von Rio de Janeiro.



Umweltministerin warnt vor Verfälschung des Waldgesetzes

MARTA SALOMON. O ESTADO DE SÃO PAULO, MÄRZ 2012. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIEISCH ÜBERSETZT VON GILBERTO CALCAGNOTTO.

Nachdem der neue Wortlaut des Waldgesetzes (Código Florestal) im Dezember 2011 mit einigen Änderungen den Senat passiert hat, muss sich die Abgeordnetenkammer, die ihm in erster Lesung zugestimmt hatte, erneut mit dem Thema befassen. Nach der Verabschiedung geht die Vorlage zur Unterschrift an Präsidentin Dilma Rousseff.

Nach Meinung der im "Brasilienkomitee zum Schutz des Waldes und einer nachhaltigen Entwicklung" organisierten Zivilgesellschaft ist keine der in den beiden Parlamentskammern erstellten Fassungen des Código Florestal zufriedenstellend. Gemäß Raul do Valle, Rechtsanwalt der Nichtregierungs-Organisation (Instituto Socioambiental ISA), führt die Gesetzesvorlage, ganz gleich ob in der Fassung der Abgeordnetenkammer oder jener des Senats, zu mehr Waldvernichtung, weniger Schutzgebieten und der Amnestie für Entwaldungstäter_innen. Am 7. März haben daher circa zwei Millionen Mitglieder sozialer Bewegungen des ganzen Landes in Brasília für ein Veto Dilmas gegen die Änderungen des Waldgesetzes demonstriert. Währenddessen wurde die Entscheidung des Abgeordnetenhauses über die umstrittene Novelle des Waldgesetzes mehrfach verschoben und steht noch immer aus.

Nachfolgend ein Interview mit Umweltministerin Izabella Teixeira zur

Position der Regierung gegenüber den beiden Fassungen [Anm. d. Red.].

Vor Beginn einer neuen Verhandlungsrunde zum Waldgesetz erklärte Umweltministerin Izabella Teixeira, die Regierung lehne Verhandlungen über eine flexiblere Regelung zur Wiederherstellung der ursprünglichen Vegetation auf Uferflächen und in ständigen Schutzgebieten (Áreas de Preservação Permanente – APPs) ab. [APPs sind dauerhaft unter Schutz gestellte Gebiete, welche vor allem Bodenerosion und Überschwemmungen verhindern sollen. Klassische Landwirtschaft ist in den APPs untersagt, Anm. d. Red.]. Vorgestern stellte der Abgeordnete Paulo Piau (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung PMDB – Minas Gerais), Berichterstatter des Waldgesetz-Entwurfs, die kontinuierliche wirtschaftliche Nutzung in ständigen Schutzgebieten als Option für eine Einigung im Abgeordnetenhaus zur Diskussion. „Es macht keinen Sinn, diese Regelung zu flexibilisieren“, beharrte Izabella. „Wenn die Grundbesitzer_innen eine APP aufforsten“, ergänzt sie, „haben sie dadurch keinen Verlust, sondern sichern die Produktivität des Betriebes, das Wasserangebot usw.“

Die Regierung will an dem vom Senat verabschiedeten Entwurf keinen Punkt verändern – weder den vollen Schutz von Mangrovenwäldern noch die Kreditsperre für landwirtschaftliche Produzent_innen, die binnen fünf Jahren ihre Betriebe nicht legalisieren. In dieser letzten Abstimmungsphase zur Novellierung des Waldschutzgesetzes sei die einzig mögliche Verhandlung laut Izabella „die Überzeugungsarbeit“.





Quelle: noticias.uol.com.br

O Estado de São Paulo: Gibt es in der Abgeordnetenversammlung genug Stimmen, um die im Senat erzielte Einigung aufrechtzuerhalten?

Izabella Teixeira: Wir arbeiten dahingehend. Ich möchte darauf hinweisen, dass der vom Senat verabschiedete Text nicht ausschließlich vom Senat stammt, sondern ein Konsens, der aus dem Dialog mit dem Abgeordnetenhaus, der Gesellschaft und der Regierung entstand. Eigens für diesen Dialog wurde in der Abgeordnetenversammlung sogar eine Kommission einschließlich der Präsenz des Berichterstatters Paulo Piau eingerichtet. Die Absicht der Regierung dabei ist, die im Senat erstellte Einigung durchzusetzen. Wir werden die Stimmen einholen, weil es ein festes Abkommen gibt. Es ist wichtig, den Menschen verständlich zu machen, dass die Thesen beider Seiten – der Umweltaktivist_innen und der Agrarier_innen – sich jeweils nicht immer voll durchsetzen lassen. Das gehört zum demokratischen Prozess.

O Estado de São Paulo: Entspricht der Text des Senats dem Ideal der Regierung?

Izabella Teixeira: Die Gesetzesvorlage ist ein Kompromiss. Sie ist weder der Traum der Umweltaktivist_innen noch der der Agrarier_innen. Einige Thesen beider Seiten wurden aufgenommen und erhielten überparteilichen Zuspruch. Aber der Text beinhaltet erhebliche

Fortschritte im Vergleich zu dem Entwurf, über den die Abgeordnetenversammlung im Mai abgestimmt hatte. Der Gesetzestext des Senats versucht Rechtssicherheit mit geringem Reglementierungsbedarf einzuführen. Dies ist deshalb wichtig, weil eines der großen Probleme des heutigen Waldgesetzes gerade in der gesetzlichen Unwirksamkeit besteht. Ich kann über einen mir persönlich bekannten Fall berichten: Ein guter Freund von mir, mit viel Geld und Unternehmungswillen, beauftragte einen Experten mit der Überschreibung der Reserva Legal seines Agrarbetriebs in Rio de Janeiro [Die Reserva Legal ist der Anteil eines Landbesitzes, der nicht wirtschaftlich genutzt werden darf, um Primärwald vor Eingriffen zu schützen, Anm. d. Red.]. Das Verfahren dauerte drei Jahre. Der Text vom Senat enthält dafür eine klare Regelung.

O Estado de São Paulo: Doch gibt es einen offensichtlichen Hemmschuh im Abgeordnetenhaus. Be-



richterstatter Paulo Piau schlug als bessere Alternative vor, die Regierung solle eine Vereinbarung ergänzen, dass den Produzent_innen die Wiederherstellung der ursprünglichen Vegetation nicht aufgezwungen werde.

Izabella Teixeira: So etwas akzeptiert die Regierung nicht.

O Estado de São Paulo: Doch dieser Vorschlag wurde in gewissem Sinne auch von Ihrem Kollegen, Agrarminister Mendes Ribeiro, vertreten. Ist sich die Regierung uneins?

Izabella Teixeira: Selbstverständlich verbreitet Minister Mendes Ribeiro das, was er von einem Teil seiner Basis gehört hat. Er ist mit der Landwirtschaft verbunden. Doch die Position der Regierung ist klar, wie Ministerin Ideli Salvatti (Bundesministerium für Institutionelle Beziehungen) festhielt: Der Text des Senats wird vertreten. Er legt fest, dass die Flächen, die unter ständigem Schutz stehen, wiederherzustellen sind.

O Estado de São Paulo: Gibt es eine mögliche Flexibilisierung für diese Norm?

Izabella Teixeira: Es macht keinen Sinn, diese Regelung zu flexibilisieren. Der Text des Senats hat das Ziel, Möglichkeiten zur ökologischen Regulierung aufzunehmen. Solche Regulierungsmöglichkeiten sind beispielsweise die Kontrolle durch ein Agrarumwelt-Kataster und ein Schuldenumwandlungsprogramm. Ich ziehe eine Schuldenumwandlung durch die Pflanzung von Bäumen vor, anstatt wie früher Möbel und Fahrzeugen für die Umweltschutzbehörde Ibama anzuschaffen.

O Estado de São Paulo: Der Berichterstatter ist gegen eine Kreditsperre für Agrareigentümer_innen, die ihre Immobilien nicht binnen fünf Jahren legalisieren.

Izabella Teixeira: Deshalb stimmen wir keiner einzigen Änderung des vom Senat stammenden Textes zu. Denn dieser Text verbindet Kompromisse im ökologischen Bereich mit Kompromissen für die Landwirtschaft. Das trifft selbst auf für den Umweltbereich sensible Themen zu, wie den Mangrovenschutz. Die Abgeordnetenkammer lehnte es ab, Mangroven als ständiges Schutzgebiet anzuerkennen. In der letzten Beschlussphase des Senats wurde lediglich ein Teil der Mangroven vom Status „ständiges Schutzgebiet“ ausgenommen, um traditionelle Aktivitäten und Krabbenzucht zu erlauben. Der Kompromiss wurde durch die Nordostfraktion im Senat herbeigeführt. Meine Position wurde überstimmt. Ich wollte einen hundertprozentigen Schutz. Doch selbst so kann ich den Text vertreten, weil er Kriterien enthält, deren Einhaltung durch die Umweltorgane kontrolliert werden soll.

O Estado de São Paulo: Was ist besser: Am vorhandenen Wortlaut der Waldgesetzesnovellierung etwas zu ändern oder bis zur Konferenz Rio+20 gar kein Waldschutzgesetz zu haben?

Izabella Teixeira: Ich akzeptiere keine verzerrenden Änderungen an dem vom Senat verabschiedeten Waldgesetz. Mir geht es im Moment nicht um eine Debatte über Rio+20. Wir diskutieren das Waldgesetz. Es geht nicht darum, was besser ist. Meine Position ist folgende: Es gab eine demokratische



Entscheidung das Waldgesetz zu überarbeiten. Über den Bericht von Aldo Rebelo wurde abgestimmt, und wir – die Umweltvertreter und die Regierung – haben verloren. Es war keine knappe Niederlage. Im Senat aber haben wir eine gemeinsame Position eingenommen. Die Herausforderung des Landes besteht darin, den Anteil der Waldfläche von entwaldeten Biomen zu vergrößern. Und dies nicht nur für den Waldschutz, sondern aufgrund der Leistungen, die uns das Ökosystem Wald bietet. Ich möchte nicht auf das Chaos wetten – niemand gewinnt dabei. Es gibt einen Legalisierungsbedarf seitens der Bauern und Bäuerinnen, die seit 50 Jahren Land kultivieren und denen nun die Gefahr droht, ihren Anbau nicht fortsetzen zu können. Es leben Menschen in Risikogebieten. Es gibt entwaldete Flächen, die zur Versandung von Flüssen und zum Produktionsrückgang führen.

O Estado de São Paulo: Berichterstatter Paulo Piau führt an, dass es keine Daten darüber gibt, wie

viele Produktionsflächen die Landbesitzer_innen verlieren würden.

Izabella Teixeira: Es gibt 100 Millionen Hektar degradiertes Flächen. Solche Aussagen führen in die Irre. Was heißt verlieren? Wenn Sie eine Fläche mit APP-Status aufforsten, dann haben Sie deshalb keinen Verlust, sondern sichern die Produktivität des Betriebes, das Wasserangebot usw.

O Estado de São Paulo: Meinen Sie, dass die politische Auseinandersetzung die Debatte um das Waldgesetz vergiftet? Mir ist bekannt geworden, dass auch andere Themen von der Debatte über das Waldgesetz abhängen.

Izabella Teixeira: Aber hierbei handelt es sich um eine überparteiliche Angelegenheit. Es ist ein Thema wie Fußball: Es geht alle an, selbst diejenigen, die nichts davon verstehen. Ich habe mit Gott und der Welt gesprochen. Was mich betrifft, so werde ich mit der Überzeugungsarbeit fortfahren, damit der vom Senat verabschiedete Text durchkommt.



O Estado de São Paulo: Und wenn nicht, wird dies eine Katastrophe sein?

Izabella Teixeira: Ich arbeite nicht mit der Hypothese, dass die Regierung verliert.

O Estado de São Paulo: Selbst dann, wenn sie die



Abstimmung auf unbestimmte Zeit verschieben muss?

Izabella Teixeira: Meine Option besteht darin, einen Dialog zu führen, um Gesprächspartner_innen zu überzeugen. Die Verhandlungen werden nächste Woche weitergehen. Wir müssen Rückschritte vermeiden. Keine Motorsäge, keine Amnestie, kein Entwaldungszuwachs mehr. Wir müssen die Nahrungsmittelproduktion in unserem Land sichern, wir müssen eine auf den Weltmärkten wettbewerbsfähige Landwirtschaft sichern. Das ist kein abgekartetes Spiel.

O Estado de São Paulo: Am 6. März haben zivilgesellschaftliche Organisationen gegen Rückschritte im Umweltmanagement unter der Regierung Dilma Rousseff demonstriert. Unter anderem deshalb, weil weniger Naturschutzgebiete (unidades de conservação) geschaffen worden sind. Warum ist dies geschehen?

Izabella Teixeira: Das eine ist es, Naturschutzgebiete zu schaffen, das andere, sie auch tatsächlich einzurichten, Flächen nachhaltiger Nutzung durchzusetzen und Zugang zu deren Kenntnis zu sichern. Gegenwärtig befinden sich 21 Naturschutzgebiete in Vorbereitung. Es nützt nichts, sie zu schaffen und dabei 20 Milliarden Reais an zu zahlenden Entschädigungen anzuhäufen. Schluss damit! Es gibt Schutzgebiete, bei denen die berechtigten Personen seit 30, 40 Jahren auf ihre Entschädigung warten. Das ist inakzeptabel. Und wie kann es einen Rückschritt in der Klimapolitik geben, wenn die gegenwärtige Entwaldungsrate die niedrigste der Geschichte ist? [Anm.d.Red.: Ob die gegenwärtige Entwaldungsrate wirklich die niedrigste ist und was das überhaupt heißt, bleibt fraglich. Siehe bspw. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/224238.htm>]



Rückblicke / Einordnungen

Blick zurück: Mehr als 20 Jahre Rio

www.bund.net/themen_und_projekte/internationaler_umweltschutz/rio_20/rio_20_die_vorgeschichte/

20 Jahre danach, Broschüre des EED und Bfdw

www.eed.de//fix/files/doc/eed-bfdw_20-Jahre-danach_2011_deu.pdf

Rückblick: Was beim Weltgipfel 2002 rauskam – eine Stellungnahme von Greenpeace

www.greenpeace.de/themen/umwelt_wirtschaft/weltgipfel_2002/artikel/was_beim_weltgipfel_2002_rauskam/

Rio+20 – Ein kleines Begriffslexikon vom EED und Bfdw

www.eed.de//fix/files/doc/Rio%2B20%20Ein%20kleines%20Begriffslexikon_2011_eed-web.pdf

Was hat sich seit 1992 getan? – Greenpeace-Interview mit Jürgen Knirsch

www.greenpeace.de/themen/umwelt_wirtschaft/nachrichten/artikel/interview_weltgipfel_rio_20_was_hat_sich_seit_1992_getan/

Die Nord-Süd-Gegensätze vor Rio+20: Stand der Verhandlungen um das Aktionsprogramm

www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae6a02b0fcde01.php

Positionen / Forderungen von Nichtregierungsorganisationen:

„Cúpula dos Povos“

Informationen zur Organisation, den Positionen der Veranstalter und aktuelle Nachrichten auf der offiziellen Internetseite des alternativen Gipfels (Port./Engl./Span./Frz.): www.cupuladospovos.org.br/en/

Hoher Fleischkonsum in Deutschland hat Auswirkungen auf brasilianische Ökosysteme (Port.)

www.dw.de/dw/article/0,,15461763,00.html

Die Absichten der umweltbezogenen Aktivitäten des Marktes (Port.)

www.brasildefato.com.br/node/8923

Fehlende verbindliche Maßnahmen im “zero draft” frustrieren Umweltschützer (Port.)

www.ecodebate.com.br/2012/03/02/falta-de-metas-em-rascunho-de-documento-base-da-rio20-frustra-ambientalistas-e-especialistas/

Offener Brief unterschiedlicher NGOs an die brasilianische Regierung (Port.)

www.socioambiental.org/nsa/detalhe?id=3512

Rio am Scheideweg – Artikel von Sergio Amaral, WWF Brasil (Port.)

www.estadao.com.br/noticias/impreso,rio20-na-encruzilhada,841965.htm

„Grüne Ökonomie – Die neue Zauberformel?“

www.boell.de/oekologie/marktwirtschaft/oekologische-marktwirtschaft-gruene-oekonomie-zauberformel-rio-g20-unmuessig-14026.html



Rio+20-Rubrik der Heinrich-Böll-Stiftung
www.boell.de/oekologie/oekologie-rio20-gipfel.html

BUND-Position des Klimaschutzes nach 2012
Vorläufige Eckpunkte für ein schlagkräftiges internationales Regime:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/20071126_klima_klimaschutz_nach_2012_position.pdf

Deklaration internationaler Umweltpreisträger zu Rio+20,
International Convention of environmental Laureates
www.european-environment-foundation.eu/text/85/en/the-declaration-.html

„Rio+20 ist eine Chance, die wir nutzen werden“: Interview mit Renato Cunha vom Komitee der Zivilgesellschaft – Einschätzungen und Erwartungen an Rio+20
www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/4205.html

Verhandlungen in New York: Düstere Aussichten im Ringen um Nachhaltige Entwicklung
www.npla.de/de/poonal/3754-duestere-aussichten-im-ringen-um-nachhaltige-entwicklung

Rio+20 – Nachhaltig vor Ort!
Anregungen und Hinweise aus lokaler Sicht. Ergebnisse des bundesweiten Kongresses „Rio + 20 - Nachhaltig vor Ort und Fünfter Netzwerk21Kongress“ in Hannover:
www.rioplus20kongress.de/erklaerung.html

Agroenergie in Lateinamerika – Fallstudie anhand vier ausgewählter Länder: Brasilien, Argentinien, Paraguay und Kolumbien (Download als PDF)
www.fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/brot-fuer-die-welt-fdcl-agroenergie-in-lateinamerika-fallstudie-anhand-vier-ausgewaehelter-laender-brasilien-argentinien-paraguay-und-kolumbien-autor-thomas-fritz-mai-2008/

Vermarktung der Natur: neue Initiativen zu Ozeanen und zur Inwertsetzung von Umweltdienstleistungen
www.globe-spotting.de/world-bank-at-rio20.html

Alternative Ansätze / kritische Debatte

Informationen zu Solidarischer Ökonomie / „Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie (*SÖ)“
www.solidarische-oekonomie.de/

Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (Port.)
www.ecodebate.com.br/2012/02/07/apenas-a-agricultura-camponesa-vai-alimentar-o-mundo-no-momento-de-crise-diz-especialista/

Grüne Wirtschaft vs. Ökologische Wirtschaft (Span.)
www.ecoport.net/Eco-Noticias/Rio_20_Vs._Rio_20._O_Economia_Verde_vs._Economia_Ecologica

Angesichts der Vermarktung von Leben und Natur: Unser Widerstand und unsere Alternativen! – Forderungen von Jubileo Sur Américas (Port.)



www.jubileubrasil.org.br/integracao-dos-povos/rio-20-2012/documento-de-posicao-do-jubileu-sul-brasil-e-america-a-caminho-da-rio-20/

Postwachstumsökonomie um Nico Paech u. A.

www.taz.de/!87150/

www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html

Alternativen zum Wachstum – mit Rio+20 aus den globalen Krisen?

Inkota Netzwerk, 44 Seiten, 3,50 € + Versand:

www.inkota.de/material/suedlink-inkota-brief/159-alternativen-zum-wachstum/

Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika

www.rosalux.org.ec/es/mediateca/documentos/281-mas-alla-del-desarollo

Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag

Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit gehören zusammen:

www.menschen-klima-zukunft.de; www.brot-fuer-die-welt.de

Solidarische Ökonomie

Ein vermeintliches Musterprojekt solidarischer Ökonomie im brasilianischen Pernambuco hat nicht viel mit Solidarität zu tun:

www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/3665.html

Wachstumskritik: „Green Economy“ als Anlauf zur Rettung des Planeten?

www.EundZ.eu; Heft 04/2012

Professor Wolfgang Hein zur Frage "Wie nachhaltig ist Green-Economy"

www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0014.html

Juristen fordern Verbindlichkeit

www.klimaretter.info/politik/hintergrund/10951

Umweltaktivist_innen pfeifen Rousseffs Politik aus (Span.)

www.ipsnoticias.net/print.asp?idnews=100440

Positionen von Regierungen / Regierungsorganisationen

UNO-Ungleichheiten und Umweltzerstörung bedrohen den Fortschritt (Port.)

www.cartamaior.com.br/templates/materiaMostrar.cfm?materia_id=18880

Schwellenländern wird Schuld zugewiesen (Port.)

www.dw.de/dw/article/0,,15536016,00.html

Interview mit brasilianischer Umweltministerin über den neuen „código florestal“ (Port.)

www.estadao.com.br/noticias/vidae,nao-aceito-desfigurar-o-codigo-florestal-aprovado-no-senado-adverte-ministra,846157,0.htm

Interview mit dem Berater des brasilianischen Umweltministeriums (Port.)



www.ihu.unisinos.br/entrevistas/507218-economia-verde-inclusiva-a-proposta-do-brasil-para-a-rio20-entrevista-especial-com-fernando-lyrio

Deutscher Rat für Nachhaltigkeit: Generelle Positionen
www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2010/2010-02-04/rio-20-folgekonferenz-zum-erdgipfel-von-1992-kommt/
www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012/2012-03-08/vor-rio-20-interesse-an-vergleichbaren-nachhaltigkeitsinformationen-waechst/?blstr=0

News des Bundesumweltamtes zu Rio+20
www.bmu.de/int_umweltpolitik/rio_plus_20/doc/47266.php

Nachhaltigkeit – ein Thema von internationaler Bedeutung
www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Internationales/Internationales.html?__site=Nachhaltigkeit#doc28682bodyText1

Ökologisches Wirtschaften – Green Economy
Der Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des ökologischen Wirtschaftens:
www.bmz.de/de/publikationen/themen/wirtschaft/BMZ_Informationsbroschuer_e_02_2011.pdf

Menschenrechte in Rio+20 – UN Special Rapporteurs schlagen Alarm
www.klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/2012/03/30/menschenrechte-in-rio20-un-special-rapporteurs-schlagen-alarm/
www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/20120314_rio20_openletter_en.pdf

Presseerklärung United Nations: Infos und Bewertungen zu den Zwischenverhandlungen zu Rio+20 in New York
www.un.org/News/briefings/docs//2012/120327_Rio.doc.htm

Weitere Informationen auf unserer Website www.kooperation-brasilien.org

Eine Initiative des Zusammenschlusses "Runder Tisch Brasilien". Mitglieder: Brot für die Welt, Stuttgart / Caritas International, Freiburg / CPT– Comissão Pastoral da Terra (Landpastoral), Goiânia, Brasil / Deutsches Carajás Forum DCF, Berlin / Evangelischer Entwicklungsdienst EED, Bonn / FIAN International, Heidelberg / Heinrich Böll-Stiftung, Berlin / HEKS – Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, Zürich / Kindernothilfe, Duisburg / Mission Eine Welt, Neuendettelsau / Referat Entwicklung und Politik, Nürnberg / KoBra e.V., Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität, Freiburg / Misereor – Bischöfliches Hilfswerk, Aachen / MZF – Missionszentrale der Franziskaner, Bonn / Ökumenische Werkstatt, Kurhessen-Waldeck.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien e.V., Freiburg i.Br., V.i.S.d.P.: Yöko Woldering

Redaktion: Gislene Lima, Lena Merle Keller, Linda Jung, Sylvia Meyer, Yöko Woldering

Übersetzungen: Gilberto Calcagnotto, Harm Timme, Lea Hübner, Mirja Annawald, Sabine Reiter, Verena Reckert, Viktoria Zipper

Korrekturen: Kirsten Bredenbeck, Yöko Woldering **Layout:** Fabiana Cenzi

Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. Auflage: 1.000 Exemplare

Jahresabo: 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post

Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

T 0761-600 69-26, F -28, info@kooperation-brasilien.org, www.kooperation-brasilien.org

